

Die „Volksmacht“ erscheint wöchentlich 8 Mal und ist durch die Expedition, Neue Graupenstr. 3/6, und durch Kolportageur zu beziehen. Preis vierteljährlich Mf. 2.50, pro Woche 20 Pf. Durch die Post bezogen Mf. 2.50, frei ins Haus Mf. 2.02, wo keine Post am Orte Mf. 3.31.

# Volksmacht

für Schlesien, Posen und die Nachbargebiete.

3. Vierteljahr über bezahlt für die einjährige Abonnements oder deren Resten 40 Pf. Auswärtige unter Zugl. 1 Mf. Anzeigen für den ersten Tag 15 Pf. Auswärtige 25 Pf. Vereins- u. Besammlungs-Anzeigen 15 Pf. pro Zeile. Preis für die nächste Nummer müssen bis Donnerstag 9 Uhr in der Expedition abgegeben werden.

Telephon Reduktion 3141.

Organ für die werktätige Bevölkerung.

Telephon Expedition 1206.

Mr. 8. Breslau, Donnerstag, den 11. Januar 1912 23. Jahrgang.

## Wähler! Haltet Abrechnung am 12. Januar

und gebt eure Stimme in

Breslau-Ost

Breslau-West

**Gustav Bauer**

**Eduard Bernstein**

Breslau (Land)-Remarkt:  
**Gustav Scholich.**

Brieg-Ramslau:  
**Theodor Müller.**

Glogau:  
**Hermann Zimmer.**

Reiße:  
**Reinhold Darf.**

Schweidnitz-Striegau:  
**Franz Feldmann.**

Wiesch-Goldberg-Dahnau:  
**Karl Dietrich.**

Wilsch-Trubitz:  
**Heinrich Rösler.**

Guhrau-Steinau-Wohlan:  
**Paul Senk.**

Neustadt:  
**Paul Löbe.**

Löwen'erg:  
**Rudolf Pohner.**

Dölan-Strahlen:  
**Emil Neukirch.**

Dels-Wartenberg:  
**Max Klippel.**

Tauer-Landeshut:  
**Gustav Proll.**

Bunzlau-Lüben:  
**Reinhold Schebs.**

Falkenberg-Grottkau:  
**August Rebel.**

## Schattenbilder 1907-1912.

**Januar 1907.** Der Wahlkampf tobt. Junker und Liberale kämpfen Schulter an Schulter für „nationale Ehre“ in Südbeschlesien. Die „Norddeutsche Allgemeine“ erklärt die Nachricht, neue Steuern seien geplant, für ein Wahnmärchen. Das Zentrum aber versichert: „Wer keine neuen indirekten Steuern will, muß Zentrum wählen.“

Am 25. wird gewählt. In den ersten Februartagen folgen die Stichwahlen. Die Sozialdemokratie gewinnt eine Viertelmillion neuer Wähler, verliert aber durch den Bülow-Block mit den Schwarzen 38 Mandate. Nationaler Jubel. Wilhelm II. hält Volksversammlung nachts unter freiem Himmel. Es wird „nie der geritten, was uns entgegensteht. Die Kunst jetzt lernten wir sie zu besiegen, und sind voll Lust, sie fürder noch zu üben.“

Im März nennt Bülow Herrn v. Odenburg seinen Freund und wünscht sich die Grabinschrift:

**Das ist ein agrarischer Reichskanzler gewesen.**

Im Mai geht der

**Eulenburgskandal**

los, der die Oeffentlichkeit monatelang beschäftigt. Aristokratische Offiziere haben Soldaten zu wüsten Ausschreitungen mißbraucht, sie werden später zu Gefängnisstrafen verurteilt.

Ende Juni, ein Bloderfolg: Herr v. Camp, der Führer der Scharfmacheropposition gegen die „zu weitgehende“ Sozialpolitik der Regierung, wird in den Freijerrnstand erhoben.

**Potadowsky stirzt**

und wird durch den preußischen Polizeiminister v. Bethmann-Hollweg ersetzt.

Juli. Der freisinnige Postarzt Dr. Schellenberg in Wiesbaden wird gemahregelt, weil er in der Stichwahl sozialdemokratisch gewählt. Der Freisinn bleibt im Bloß.

Oktober. Genosse Karl Viehnecht wird wegen angeblichen Hochverrats zu 1½ Jahren Festung verurteilt. — Garden-Mollkeprozeß.

**November.** Aus dem Etat geht hervor, daß mindestens 260 Millionen neue Steuern

notwendig sind. Enorme Lebensmittelteuerung. Sozialdemokratische Interpellation im Reichstag. Es geschieht nichts. Versammlungsturm gegen das Dreiklassenwahlrecht.

Dezember. Eulenburg-Debatte im Reichstag. Kriegsminister v. Einem erklärt die Grafen Hohenau und Dhnar für unschuldig. Sie werden später verurteilt. — Erster Bloßtrach. Bülow mahnt in der „Norddeutschen“: Seid einig, einig, einig! — Zweiter Garden-Mollkeprozeß. Eulenburg schwadet.

**Januar 1908.**

Genosse Markwald-Königsberg wird wegen angeblicher Majestätsbeleidigung, begangen durch Beleidigung

der Remeler „Schandjüde“, zu 1¼ Jahren Gefängnis verurteilt.

Neue Waffendemonstrationen gegen das Dreiklassenwahlrecht. Im Abgeordnetenhaus lehnt Bülow jede Reform, besonders die Einführung des geheimen Wahlrechts, ab. Der Freisinnige Fischbeck dankt dem Ministerpräsidenten, daß er überhaupt geantwortet habe. Scharfmachererlaß gegen Straßendemonstrationen in Berlin. Der Polizeihauptmann Stephan bekommt für sein Dreinhauen bei der Berliner Gertraudenbrücke einen Orden. Arbeitslosen-Demonstrationen. Zusammenstöße mit der Polizei.

Februar. Zwei Seizer vom Panzerkreuzer „Dort“ wegen Aufruhr zu 5 und 6½ Jahren Zuchthaus verurteilt. Im Reichstag fordert die Sozialdemokratie

**Unverbesserung der Soldatenlöhnung.**

Der ganze Bloß, einschließlich der Liberalen, stimmt dagegen. Die preußische Regierung geht gegen den liberalen Verein zur Verbreitung von Volksbildung vor. Der Freisinn bleibt im Bloß.

März. Massenverurteilung von Wahlrechtsdemonstranten. 18. März neue Wahlrechtsdemonstrationen, neue Polizeilattaden. Im Reichstag bezeichnet der Zentrumsabgeordnete Gröber die Journalisten als „Saubengel“. Es kommt zu einem

**Journalistenstreik,**

der durch eine Erklärung Gröbers beendet wird. Eine sozialdemokratische Wahlrechtsresolution im Reichstag wird vom Zentrum und Freisinn abgelehnt.

April. Der Bülowblock beschließt in dritter Lesung das

**Reichsvereinsgesetz.**

das den Nichtdeutschen und den Jugendlichen das Versammlungsrecht entzieht und in Breslau Franzschleichen-Geschlagnahme zur Folge hat. Neue Wahlrechtsprozesse. Der Berliner Polizeipräsident versagt den als Epitheln entkardten Schutzleuten Draber und Rasse die Erlaubnis zur Zeugenaussage.

Mai. Die „Norddeutsche“ dementiert die Nachricht, daß sich der Reichstag mit einer

**Erhöhung der Zivilliste Wilhelms II.**

beschäftigen soll. Juni. Der Meineidsprozeß gegen den Fürsten Eulenburg beginnt. Er wird mehrmals vertagt, er ist heute — 3½ Jahre später — noch nicht zum Abschluß gebracht und wird voraussichtlich nie zu Ende geführt werden.

November. Das Londoner Blatt „Daily Telegraph“ veröffentlicht Gespräche mit Wilhelm II. Der Kaiser rühmt sich darin seiner Englandfreundschaft und behauptet, daß das deutsche Volk englandfeindlich sei. Der Krieg gegen die Suren sei auf Grund von Klagen gewonnen worden, die er entworfen habe. Es kommt darüber zum so genannten

**Novembersturm von 1908.**

Sämtliche Parteien, einschließlich der Konservativen nehmen Stellung gegen Wilhelm II. Fürst Bülow fordert seine Entlassung. Sozial- und bürgerliche Parteien beruhigen sich aber, nachdem Wilhelm II. erklärt, er werde „unbeirrt“ die „Stetigkeit der Politik“ (wie bisher) weiter sichern. Während der Reichstagsdebatten Sabotagevorstellung in Donaueschingen. Aus den geplanten Maßnahmen zur Einschränkung des persönlichen Regiments wird nichts.

Im Reichstage wird die neue Reichsfinanzvorlage eingebracht, die

**500 Millionen neuer Steuern**

fordert, davon 400 Millionen indirekte Verbrauchssteuern. Der Freisinn erklärt sich zur positiven Mitarbeit bereit.

Januar 1909. Das preußische Abgeordnetenhaus lehnt die Einführung des geheimen Wahlrechts ab.

Mat. Das preußische Abgeordnetenhaus erklärt die Wahl von vier der sieben der sozialdemokratischen Abgeordneten für ungültig. Drei werden wiedergewählt. Das Abgeordnetenhaus beschließt, den Jagdtempel zu erniedrigen, und dafür eine Fahrradsteuer einzuführen. Später wird der allzuschamlose Beschluß wieder rückgängig gemacht. Eulenburg tritt eine Badereise nach Gastein an.

Ende Juni, Anfang Juli:

**Bloßtrach, Sturm Bülow's.**

Das Zentrum kommt den Wünschen der Junker entgegen und bewilligt ihnen höhere Schnapssteuergaben als die Freisinnigen. Der schwarz-blaue Bloß konstituiert sich, lehnt die Erbschaftsteuer ab und bewilligt neue Bier-, Braunkohl-, Salz-, Kaffee-, Tabak-, Leucht- und Zündholzsteuern.

**Bethmann-Hollweg wird Reichskanzler.**

Oktober. Streik der Bergarbeiter in Mansfeld. Ein Maschinengewehrtrabteilung wird hinbeordert. Verschiedene Organisationen der Arbeiterjugend werden aufgelöst, immer stärker setzt die polizeiliche Jugendbege ein, die eine Folge des freisinnigen Reichsvereinsgesetzes ist.

Februar 1910. Bethmann-Hollweg bringt seine

**Wahlrechtsvorlage**

ein. Das Dreiklassenwahlrecht soll bleiben. Studierende und Militärantwärtler sollen eine Stufe höher gesetzt werden, die direkte Wahl wird eingeführt, das öffentliche Wahlrecht bleibt. Bei der Einbringung der Vorlage hält Bethmann eine wilde Rede gegen das Reichswahlrecht. In den folgenden Debatten stimmen Nationalliberale und Zentrum mit den Konservativen gegen das gleiche Wahlrecht. Die Vorlage scheitert schließlch. Es bleibt beim alten. Nun werden wiederum Teilnehmer an Wahlrechtsdemonstrationen, die inzwischen stillgefallen haben, von der Polizei niedergefäßelt und niedergertitten, von den Gerichten verurteilt.

Das in der Thronrede vom 20. Oktober 1908 gegebene Versprechen einer Wahlreform bleibt unerfüllt.

April. Der Reichstag beschließt mit Zustimmung des Zentrums bei der Beratung des Wertzuwachssteuergesetzes die

### Steuerefreiheit der Fürsten.

Zur Unterdeckung bestreiteter Wahlrechtsdemonstrationen geht Militär nach Waldenburg und Gottesberg.

### Ausperrung der Bauarbeiter.

Ihre Zahl beträgt rund 120.000. Einige hochadelige Bonner Vorurten und Einjährig-Freiwillige, die gewaltsam in die Wohnung eines Vergeleierten gedrungen, diesen bedroht und die Einrichtung zerstört haben, werden zur gesetzlichen Mindeststrafe von acht Tagen Gefängnis verurteilt. Stehe dagegen die Urteile gegen „auführerische“ Soldaten, sozialdemokratische Redakteure, streikende Arbeiter, Wahlrechtsdemonstranten!

Juni. Die vor zwei Jahren dementierte

### Erhöhung der Zivilliste Wilhelms II.

erfolgt jetzt. Sie wird begründet mit der „Steigerung aller persönlichen und sachlichen Kosten“. 15.719.296 Mark betrug die Zivilliste bisher, sie wird um 3 1/2 Millionen Mark erhöht. Sämtliche bürgerliche Parteien des Abgeordnetenhauses stimmen mit Begeisterung für die königliche Lohnzulage.

August. Der feinerzogenen wegen Mordes zum Tode verurteilte, dann freigesprochene und in ein Sanatorium abgeschobene Prinz Prosper Arenberg, wird geheilt entlassen und geht als Farmer nach Südamerika.

September. Aus Anlaß eines Kohlenarbeiterstreiks brechen die berüchtigten

### Moabiter Polizei- und Arbeitslosenkrawalle

aus. Englische Journalisten werden in ihrem Wagen von der Polizei attackiert und verwundet. Der alte Arbeiter Herrmann wird in menschenleerer Straße von den Polizisten überfallen und geißelt. Die Affäre beschäftigt die Öffentlichkeit monatelang, man versucht sie zu einer Wahlparole gegen die Sozialdemokratie auszunützen, erzielt aber nur eine allgemeine moralische Verurteilung der Polizei, über die sich nichtsdestoweniger ein wahrer Ordenregen ergießt. Die Witwe des ermordeten Herrmann klagt auf Entschädigung, hat aber bis heute noch keinen Groschen erhalten.

### Januar 1911.

Die preussische Regierung gibt im Abgeordnetenhause eine Erklärung ab, durch die die preussische Wahlreform auf unbestimmte Zeit vertagt wird. Eine Hochstufreaktionärer Gesetze wird angekündigt: Ein Knebelgesetz gegen die Presse (die nachher glücklich gescheiterte Ieg Wagner), Vernichtung der Selbstverwaltung der Krankenkassen (im Laufe des Jahres durchgeführt), Einschränkung des Rechts auf Verteidigung durch die Strafprozessreform, umkurzgesetzliche Bestimmungen im neuen Strafgesetz. Die Regierung beantragt,

### den Heizern die zwei Groschen

Zulage zu nehmen. Das Zentrum stimmt später für die Streichung eines Groschen, dann fällt der ganze schändliche Plan.

Februar. Es wird im Wiederaufnahmeverfahren festgestellt, daß die sieben im Essener Metzelschloß zu je 2 1/2 bis 3 1/2 Jahren Zuchthaus verurteilten Schröder und Benzler

### unschuldig im Zuchthaus

gelesen haben. Sie werden jetzt sämtlich freigesprochen, nachdem sie ihre Strafe längst verbüßt haben, einer garben, ein anderer verschollen ist.

Mai. Der preussische Landtag nimmt ein Gesetz an, das die Feuerbestattung zuzieht. Der preussische Polizei-

minister v. Dallwitz ordnet später an, daß die Geschlechtsleide der zu verbrennenden Frauenleichen auf ihre Jungfräulichkeit zu untersuchen sind.

Ein sozialdemokratischer Antrag, die Altersgrenze für die Altersversicherung

### von 70 auf 65 Jahre

herabzusetzen, wird im Reichstag abgelehnt. Es ist kein Geld da für die Veteranen der Arbeit.

Juni. Der preussische Landtag schließt wegen totaler Arbeitsunfähigkeit unter furchtbarem Skandal.

Juli. Die deutsche Regierung entsendet ein

### Kriegsschiff nach Agadir.

Allgemeine Kriegsbegeisterung und Kriegspanik. Kursstürze an den Börsen, Stürme auf Vanten. Die freikonservative „Post“, das Organ des Reichsverbandsgenerals v. Liebert, nennt Wilhelm II. „un timide, un valeureux poltron“, einen Feigling und feigen Maulaufreißer, weil er es nicht zum Kriege kommen lassen will. Schließlich handelt Deutschland die belben Kongozipfel ein und überläßt Marokko den Franzosen.

September. Eine allgemeine

### Steigerung der Lebensmittelpreise

beginnt sich fühlbar zu machen. Für das kommende Frühjahr (1912) droht eine furchtbare Fleischnot. Sozialdemokraten und christliche Arbeiter verlangen die Zulassung argentinischen Fleisches nach Deutschland. Das Zentrum bekämpft in agrarischem Interesse alle Maßregeln zur Verringerung der Lebensmittelpreise und verbreitet Flugblätter gegen das sozialdemokratische „Lebensmittelpreisgesetz“. Es bleibt bei der „bewährten“ Politik des „Schutzes der nationalen Arbeit“.

Oktober, November, Dezember: Die Wahlbewegung schließt an.

### 12. Januar 1912?

Nur ein paar Tage noch, dann wird das Volk an die Stelle dieses Fragezeichens seine Antwort setzen. Kann man noch zweifeln, wie sie ausfallen soll?

Wer bedenkt, was er in den letzten fünf Jahren miterlebt hat, der weiß, wie er am 12. Januar wählen soll — daß er am 12. Januar sozialdemokratisch wählen muß!

## Arbeiterfreunde.

Nach dem Zusammentritt des Reichstags im Jahre 1907 brachten die Freisonnerpartien folgenden Antrag ein:

Der Reichstag wolle beschließen:

Die Zeitgrenze, von welcher ab die Altersrente gewährt wird, von 70 auf 65 Jahre herabzusetzen und zur Deckung der dadurch erforderlich werdenden Mehrbeträge in erster Reihe die durch die Vereinfachung der Reichsversicherungsgeetze zu erzielenden Ersparnisse an Verwaltungskosten zu verwenden.

Als die sozialdemokratische Fraktion diesen Antrag bei der Beratung der Reichsversicherungsordnung wieder einbrachte, stimmten die konservativen Antragsteller zusammen mit dem Zentrum und einem Teil der Nationalliberalen ihn nieder. Der Antrag fiel mit 160 gegen 146 Stimmen.

**Wähler! Bedenkt Euch dafür am 12. Januar!**

## Politische Uebersicht.

### Lehrreiche Zahlen!

Zahlen zeigen, wie regiert wird! Dies Goch kommt einem bei der Betrachtung des Reichsetats für unwillkürlich in den Sinn. Sehen wir einmal zu.

Nach dem Entwurf des Reichshaushaltsetats für 1912 sehen sich die Einnahmen und Ausgaben des ordentlichen Etats mit

### 2686 Millionen Mark

gegenüber. Die Einnahmen sollen für 1912 zunächst 2686 Millionen und Verbrauchsausgaben aufgebracht werden und

### 1593 Millionen Mark

ergeben. Die Zölle und Verbrauchsabgaben treffen in der Linie die große Masse der Nichtbelegenden, da sie auf den wichtigsten Lebens- und Verbrauchsmitteln ruhen und somit als Kopfsteuer wirken!

Die Reichsausgaben, hauptsächlich für den Militär- und die Kolonien, sind unausgeglichen im Steigen und mühen daher durch entsprechend wachsende Einnahmen gedeckt zu werden. Am besten und gerechtesten wäre dies durch die Einführung direkter Steuern zu bewerkeln. Dagegen schraubt sich die herrschende Klasse der Reichsbeamten, die Gesetzgebung in der Hand hat, so werden die notwendigen Beiträge einfach in Gestalt indirekter Steuern der arbeitenden nicht belegenden Klasse auferlegt. Die Einnahmen aus Zöllen und Verbrauchsabgaben betragen:

1878 . . . . .	235 Mill. Mark
1885 . . . . .	346 . . . . .
1895 . . . . .	681 . . . . .
1900 . . . . .	808 . . . . .
1907 . . . . .	967 . . . . .
1912 . . . . .	1593 . . . . .

Der Rest der Reicheinnahmen setzt sich in der folgenden Tabelle zusammen aus den Einnahmen der

Reichspost und Telegraphenverwaltung	781 Mill. Mark
Reichsdruckerei . . . . .	12 . . . . .
Bankwesen . . . . .	130 . . . . .
Reichsbahnverwaltung . . . . .	139 . . . . .
Matrilinearbeiträge . . . . .	52 . . . . .

Wie man sieht, wird fast die ganze Reichseinnahme den Taschen der privilegierten Klasse, des Proletariats entnommen, denn auch die Ueberflüsse der Reichsbetriebe werden ja durch die kapitalistische Ausbeutung der proletarischen Arbeiter herausgeschüttelt!

Am 12. Januar hat das Volk sein Votum gegen diese Mißwirtschaft abzugeben!

### „Unso schlimmer!“

Die Angst vor der steigenden roten Flut preßt eine der bewährtesten Schanzmachern, den „Hamburger Nachrichten“, dieien komischen Wutichrei aus:

Die Sozialdemokratie wühlt mit allen Kräften und aller ihr zu Gebote stehenden Mitteln überall und selbst in solchen Wahlkreisen, wo sie wenig Aussicht zu haben scheint. Brod hat die bürgerliche Presse diesmal weniger als sonst über die sozialdemokratischen Wahlpropaganda zu berichten, aber das ist unso schlimmer.

Weniger als sonst würde wohl richtiger heißen: „So wenig wie jemals.“ Aber darauf kommt es nicht an. Die Sozialdemokratie begeht keine Exzesse, das finden die Schanzmacher „um so schlimmer“. Die Niedertracht der Note übersteigt wahrhaftig alle Grenzen: sie sind so gemeln, sie innerhalb der Schranken der Gesetze zu halten, den Wahlkampf mit geistigen Mitteln zu führen, Steine und Revolver als Wahlwaffen aber den Schwarzblauen zu überlassen. Unso schlimmer, denken die Schanzmacher, dagegen muß endlich etwas geschehen. Lockspiegel heraus!

## Die letzten Tage von Pompeji.

Von E. Balzer.

### 48. Kapitel.

Die Zelle der Gefangenen und die Höhle der Toten. — Der Schreden hat keine Rast über den Schmerz.

Glaucus, der kaum mehr mußte, ob er wachte, oder träumte, war durch die Beamtin der Arena in eine kleine Zelle des Amphitheaters geführt worden. Sie warfen ihm einen weiten Mantel über, und drängten sich glückselig um ihn. Außerhalb der Zelle hörte man jetzt ein lebhaftes Geräusch, und das blonde Mädchen, durch eine freundliche Hand geführt, warf sich Glaukus zu Füßen.

„Kabe ich dich gerettet?“ — sagte sie — „jetzt laß mich sterben!“

„Nebia, mein gutes Mädchen — meine Retterin!“

„O, laß mich deinen Arm fühlen! — Ja! ja, du lebst! Wir können nicht zu spät! — Keine ästhetische Aesthetik — sie war so schön zu erkennen! und Aelcius! — ach, seine Stimme war wie die eines Sterbenden — wir mußten warten — o, ihr Götter! es schien mir eine Ewigkeit, ehe er durch Erde und Wein etwas gerettet worden war; aber du lebst — du lebst noch! — o ich — ich habe dich gerettet!“

Diese überredende Szene wurde durch das ästhetische Naturereignis, welches wir vorher beschrieben haben, bald unterbrochen.

„Der Berg! — das Erdbeben!“ — erwiderte es von allen Seiten. Die Beamten rufen mit den übrigen, und überließen Glaukus und Nebia ihrem Schicksal.

Als der Äthener der Gefahren sich bewußt wurde, die ihn umgaben, erinnerte sein ebedelmütiges Herz sich des Olympos. Er sah dieser war durch die Macht der Götter gerettet worden vor dem Tode; sollte er einem nicht weniger schrecklichen Tode in der benachbarten Zelle ausgeliefert bleiben? Glaukus nahm Nebia bei der Hand und erreichte bald den Becken des Christen. Er fand Olympos bereits auf den Knien.

„Stehe auf! mein Freund“, sagte der Äthener. — „Nette dich und Kiehe! — Sieh, die Natur selbst hat dich befreit!“

— Er führte den erkrankten Christen an den Eingang seiner Zelle, und zeigte ihm die Wolke, welche immer flüster heranzog, und aus deren Schöße Kiehe und Dämonen herabstürzten — und mochte ihn aufmuntern auf das neue Leben und die Freiheit der lebenden Menschen.

„Das ist die Hand Gottes! — Gott sei gelobt!“ — sagte Olympos demüthig.

„Gib die Hand deinen Brüdern! — Bedenke dich mit ihnen keine Angst!“ — schrie er.

Olympos antwortete nicht, und laus bemerkt er die Anwesenheit seines Freundes. Er sah den feierlichen Gebanden schweben über dem Becken, und in der Ferne die Mauern der Zelle.

regten Bergens hobelte er mehr über die Gnade Gottes, als er vor den Füßen seiner Macht ergrifferte.

„Gib die Hand deinen Brüdern!“ — schrie er.

„Gib die Hand deinen Brüdern!“ — schrie er.

„Gib die Hand deinen Brüdern!“ — schrie er.

„Gib die Hand deinen Brüdern!“ — schrie er.

„Gib die Hand deinen Brüdern!“ — schrie er.

„Gib die Hand deinen Brüdern!“ — schrie er.

„Gib die Hand deinen Brüdern!“ — schrie er.

„Gib die Hand deinen Brüdern!“ — schrie er.

„Gib die Hand deinen Brüdern!“ — schrie er.

„Gib die Hand deinen Brüdern!“ — schrie er.

„Gib die Hand deinen Brüdern!“ — schrie er.

„Gib die Hand deinen Brüdern!“ — schrie er.

„Gib die Hand deinen Brüdern!“ — schrie er.

„Gib die Hand deinen Brüdern!“ — schrie er.

„Gib die Hand deinen Brüdern!“ — schrie er.

„Gib die Hand deinen Brüdern!“ — schrie er.





## Die Wahlhelfer der Partei

stellen sich am Wahltage in folgenden Lokalen ein:

**Gabitz** Friedrichstraße 50a.  
**Sauerbrunn** Augustastr. 19.  
**Gräbichener Vorstadt** Lewalstraße 12.  
Siebenhufenstr. 19.  
**Nikolaitor** Striegauerplatz 11.  
Leuthenstraße 12/14.  
Leuthenstraße 62.  
**Obertor** Schiefwerderstraße 37.

**Obertor** Kleischaustraße 16.  
Michaelisstraße 3.  
Enderstraße 6.  
**Sandtor** Partischstraße 9.  
Michaelisstraße 16.  
**Scheitniger Vorstadt** Pulstraße 42.  
Wierstraße 26 bei John.  
Hirschstraße 68.

**Oblauer Tor** Königgräberstraße 10 und Böckstraße 13,  
Ecke Marthastr. bei Hermann Görlich,  
Gewerkschaftshaus.  
**Strehlener Tor** Herdainsstraße 22 und Hubenstraße 80.  
**Bohrauer Tor** Bohrauerstraße 70.  
**Schweidnitzer Tor** Neuborsstraße 65.  
**Innere Stadt** (östlich) Reberberg 7.  
" " (westlich) Kupfer Schmiedestraße 21.

Alle Genossen, die Schleppearbeit verrichten wollen, müssen sich zunächst in diesen Lokalen melden, wo sie weitere Anweisungen erhalten.

### Jeder Genosse muß, jeder Genosse kann helfen!

## Was muß der eifrige Sozialdemokrat am Wahltage tun?

Am Abend des 11. Januar begibt sich jeder eifrige Genosse noch einmal zu seinem Kollegen, Nachbarn, Verwandten, von dem er weiß, daß er gleichgültig genug ist, um den Wahltermin zu versäumen. Er legt ihm noch einmal recht dringend ans Herz, wie wichtig der kommende Tag für die Gesetzgebung Deutschlands in den nächsten Jahren ist und wie notwendig die Wahl von freiheitlich gesinnten Männern erscheint. Zugleich übergibt er ihm ein oder zwei sozialdemokratische Stimmzettel und unterrichtet ihn über das Wahlverfahren. Jemand einen Druck auf der Agitation natürlich nicht ausüben; nur wer frei und aus Überzeugung sozialdemokratisch wählt, ist uns in unseren Reihen willkommen. Doch wird es nicht schwer sein, jeden halbwegs denkenden Arbeiter und Angestellten von der Notwendigkeit sozialdemokratischer Wahlen zu überzeugen. Ein besonderes Augenmerk müssen unsere Genossen auf die Unterbeamten, kleinen Geschäftsleute, Handwerksmeister, Arbeitervereinter und dergl. richten; diesen Leuten muß in erster Linie das Wahlgeheimnis erläutert werden.

Am Mittag des Wahltages gehen die Arbeiter bereits zur Wahl. Wer Gelegenheit hat, tut es schon während der Arbeitsstunden; denn abends kann es unliebsame Überraschungen geben. Bei großem Andrang kann ein Wähler von 6 Uhr an im Wahllokal stehen und dennoch seines Wahlrechts verkeren gehen. Um Punkt 7 Uhr wird nämlich die Wahlhandlung geschlossen, ohne Rücksicht auf die etwa Wartenden. Darum muß jeder Arbeiter möglichst mittags wählen, abends werden noch genug Säumige herangeschleppt, und da muß Platz und Zeit sein. Das rechtzeitige Wählen ist diesmal das Wichtigste. Lieber soll man eine halbe Stunde Arbeitszeit am Mittag zusehen, als aufs ungewisse bis abends warten. Es wird sich meistens auch tun lassen, daß der Genosse in der Mittagsstunde die Säumigen in seinem Hause oder dem Nachbarhause an den Wahltag erinnert und mit Stimmzetteln versorgt.

Wenn irgend möglich, macht der eifrige Genosse den Wahltag zum Feiertag, um für die Partei, das heißt

seine eigene gerechte Sache fleißig zu arbeiten. Er sucht seinen Barbier, seinen Bäcker, seinen Schuhmacher, seinen Haushälter, vor allem alle Arbeiter in seinem Hause auf und erkundigt sich, ob sie ihr Wahlrecht ausgeübt haben. Wenn das nicht geschehen ist, sucht er sie zur sofortigen Stimmenabgabe zu überreden und begleitet sie, wenn nötig, zum Wahllokal. Alle unrechtmäßigen Beeinflussungen müssen dabei selbstverständlich unterbleiben. Bis um 7 Uhr darf kein Genosse die Hände in den Schößen legen und als Schlachtenbummler den Ausgang des Kampfes erwarten. Ohne die Mithilfe von Hunderten und Tausenden kommt kein Sieg zustande!

Nur wenn alle bis zum letzten Augenblicke helfen, werden wir den Tag in Ehren beschließen!

Schlechte Arbeiter! Ihr haltet die Ehrenwache am Grabe Ferdinand Lassalles! Ehrt ihn durch einen herrlichen Sieg.

Gibt Antwort auf alles, was Ihr in den fünf Jahren erdulden mußt.

Gibt laute und deutliche Antwort!

### Wer Grünner, Meyer, Grund oder Heilberg wählt,

der muß sich gefaßt machen auf:

- Weitere Steigerung der drückenden Heeres- und Flottenlasten bis ins Unendliche.
- Vernachlässigung auch der dringenden Kulturaufgaben wegen Mangel an Geld.
- Weiteres Anwachsen der Reichsschulden und der für sie nötigen Zinsen.
- Ständige Kriegsgefahr mit ihrer Beunruhigung des wirtschaftlichen Lebens.
- Weitere Verteuerung aller Lebensmittel durch neue indirekte Steuern.
- Fortbestand der Bevorzugung der Junkerkaste auf Kosten des übrigen Volkes.
- Bedrückung der Arbeiter mit allen wirtschaftlichen und politischen Machtmitteln.
- Verewigung des Volkselebens, Schwächung der Kaufkraft des Volkes.
- Miserablen Geschäftsgang, weil die schlecht gelohnte Masse nicht kaufen kann.

### Wer alles dies nicht will, der wähle Bernstein oder Bauer!

#### Breslauer Nachrichten.

Breslau, den 10. Januar.

#### Geschichtskalender.

11. Januar.

1811 Der Schriftsteller Christoph Friedrich Nicolai in Berlin f.  
1893 Der Wiener Satiriker Daniel Epizet in Meran f.

#### Was der Wähler am Wahltage zu beachten hat.

Nun noch reichlich vierundzwanzig Stunden, und dann ist der Wahltag, der große Gerichtstag des Volkes gekommen. Die Millionen erwarten ihn sehnsüchtig, um eine Abrechnung zu halten mit den Steuerräubern und Bedrückern, wie sie noch nicht angemessen ist. Darum heißt es, sich für den denkwürdigen Freitag, den 12. Januar, zu rüsten und vorzubereiten.

#### Die Wahl beginnt

überall in Stadt und Land gleichmäßig um 10 Uhr Vormittags und dauert ununterbrochen bis 7 Uhr Abends. Die Wahl wird von einem Wahlvorstand geleitet, der aus dem Wahlvorsteher, einem Schriftführer und drei bis sechs Beisitzern besteht, die alle von den zuständigen Behörden ernannt werden. Weniger als drei Mitglieder des Wahlvorstandes dürfen niemals im Wahllokal sein.

Im Wahllokal dürfen die Wähler während der Wahl keine lauten Veranungen oder Ansprachen halten, auch keine Beschlüsse fassen.

#### Es ist Stimmzettelauswahl.

Bei der Reichstagswahl wird mit Stimmzetteln gewählt. Der Wähler gibt seine Stimme ab, indem er dem Wahlvorsteher einen Stimmzettel mit dem Namen, Beruf und der Wohnung des Kandidaten überreicht, den er (der Wähler) vorher in einen Umschlag (Kuvert) gekleidet hat. Stimmzettel und Umschlag dürfen mit keinem Kennzeichen versehen sein. Die Stimmzettel liefern die Parteien, die Umschläge (Kuberts) die Behörden. Während der Wahlhandlung dürfen im Wahllokal keine Stimmzettel aufgelegt oder verteilt werden.

#### Der Nebenraum.

Der Wahlvorstand hat dafür zu sorgen, daß jeder Wähler entweder in einem Nebenraum, der nur durch das Wahllokal erreichbar und unmittelbar mit ihm verbunden ist, oder durch an einem vom Vorstandstisch getrennten Nebenstische seinen Stimmzettel unbeschadet in den Umschlag (Kuvert) stecken kann.

#### Wie wird gewählt?

Wer sicher sein will, daß er seine Stimme auch abgeben kann, geht Mittag oder spätestens in den ersten Nachmittagsstunden zur Wahl. Betritt der Wähler das Wahllokal, so muß ihm eine vom Wahlvorstande bestellte Person einen Umschlag überreichen. Damit geht er an den Nebenstisch oder in den Nebenraum, wo er den sozialdemokratischen Stimmzettel unbeschadet in den Umschlag legt. Dann tritt der Wähler hervor und an den Wahlvorstandstisch heran, nennt seinen Namen, auch die Wohnung, und übergibt, wenn er in der Wählerliste steht, den Umschlag mit dem Stimmzettel dem Wahlvorsteher, der beides uneröffnet in die Urne stecken muß. Die Umschläge (Kuberts) sind nicht gummiert, können und brauchen also nicht zugellebt werden.

Wähler, die durch körperliche Gebrechen behindert sind, ihren Stimmzettel selbst in den Umschlag zu legen und ihn dem Wahlvorsteher zu übergeben, dürfen sich von einer Vertrauensperson helfen lassen.

Stimmzettel, die nicht in dem abgestempelten Umschlag oder in einem Umschlag mit einem Kennzeichen abgegeben werden, hat der Wahlvorsteher zurückzuweisen, ebenso die Stimmzettel

solcher Wähler, die nicht am Nebenstisch oder im Nebenraum gewesen sind.

Jeder Wähler muß selbst zur Wahl gehen; er kann sich nicht etwa durch seine Frau oder einen Freund oder Mitarbeiter vertreten lassen. Es ist auch für alle Fälle gut, den Steuerzettel, den Militärpaß oder sonst ein amtliches Papier als Ausweis einzuführen.

#### Die Wahl wird geschlossen

um 7 Uhr Abends. Zeigt die Uhr auf 7 Uhr, dann darf niemand mehr wählen; wer zu dieser Zeit im Wahllokal ist, für den ist es zu spät. Darum sagen wir immer wieder: Wähler macht den Wahltag zum Feiertag und sorgt dafür, daß Ihr wenigstens von Mittag an frei habt; geht dann sofort zur Wahl und helft darauf, die Säumigen Wähler herauszulassen.

#### Die Wahl ist geheim.

Kein Wähler hat nötig, sich zu fürchten, wenn er seine Stimme abgibt. Es kann diesmal niemand erfahren, wen er gewählt hat. Darum bleibe niemand zu Hause, wer es auch sein mag. Laßt Euch nicht einschüchtern oder durch Freibier, Wurst und Zigarren bestechen. Seid Männer und wählt frei, damit Ihr nicht wieder betrogen werdet.

#### Auf jede Stimme kommt es an!

Nichts ist verkehrter und schädlicher als die Rede: „Ach, auf mich kommt's nicht an.“ Das gerade Gegenteil ist richtig. Jede Stimme zählt und wenn Hunderte und Tausende denken, daß sie nicht zur Wahl gehen brauchen, dann muß das Volk unterliegen. Nein, die eine Stimme ist so wichtig und notwendig, wie die andere. Laubst und Gleichgültigkeit haben sich bei der Reichstagswahl oft schon bitter gerächt.

Also rechtzeitig heraus aus den Werkstätten, Fabriken und Schreibstuben, herunter vom Bau und an den Wahlstisch geeilt, wo es die höchsten Rechte des Volkes zu verteidigen gilt. Wähler Breslaus, Wähler von Schlesien, weht die Schwärze von 1907 gründlich aus, wählt wirkliche Volksvertreter, wählt Sozialdemokraten.

#### Die Vergewaltigung der Breslauer Eisenbahner.

Geradezu ungläubliche Eingriffe in die persönliche Freiheit ihrer Angestellten erlaubt sich die Eisenbahnbehörde in Breslau. Kürzlich wurde in den Arbeiterausschüssen mitgeteilt, daß am Wahltage um 1 Uhr mittags die Werkstätten geschlossen werden, aber nur diejenigen bezahlt erhalten, die wahlberechtigt sind und ihr Recht ausüben.

Dann aber wurde mitgeteilt, daß Eisenbahndirektor Illmann es verboten hat, Flugblätter der Sozialdemokraten anzunehmen.

Es wird von jetzt ab jedesmal, wenn am Tag

solche Blätter verteilt werden, ein Plakat zur Warnung aufhängt werden. (hängt bereits.)

Diesem, welche dennoch diese Blätter annehmen werden streng bestraft. Sie werden von Beauftragten aufgeschrieben und zur Meldung gebracht.

Es ist eine ungeheuerliche Zumutung, die hier an erwachsene wahlfähige Männer gestellt wird. Die Breslauer Eisenbahner müssen sich gefallen lassen, was kein Herr auf dem Lande mehr seinem Knecht zumutet, obgleich der unter der Gestalt der Besondere steht. Die Wirkung einer solchen rigorosen Handlungsweise muß natürlich die entgegengesetzte sein, als die Herrschaften in ihren Bureauen sich das vorstellen. Erstens sorgen wir doch dafür, daß die Eisenbahner unsere Flugblätter bekommen. Und zweitens wird die Behandlung dieser Leute als Unmündige und Rechtslose zur Folge haben, daß auch der Zahn aus den Sozialdemokraten die Stimme gibt. Immerhin werden unsere Kandidaten beim Eisenbahnminister vorstellig werden, um ihn über seine Stellung zu diesem Raub des Staatsbürgerrechts durch unsere Beamte zu befragen.

Selbst einer der ärgsten Scharfmarker, die je in der preussischen Regierung gesehen, der verstorbene Eisenbahnminister Bubbe, hat im Jahre 1902 im Abgeordnetenhaus gesagt:

„Die Eisenbahner mögen wählen, wie sie wollen, mindestens auch sozialdemokratisch.“

Das war der allein korrekte Standpunkt, und er gilt nicht nur für die Eisenbahner, sondern auch für alle anderen im Staats- oder Reichsdienst stehenden Arbeiter und Beamte. Die Maßnahmen der Breslauer Eisenbahnbehörde jetzt, wie weit man die Eisenbahner ins Mittelalter zurückdrängen möchte. Weil man ihre Hand gefaßt hat, möchte man auch ihre Ueberzeugung knechten.

### Familienvater mit vier Kindern gemäßigelt!

Folgender Ukas wurde einem Eisenbahnschlosser am 8. Januar zugestellt:

Mit Genehmigung der Königl. Eisenbahndirektion hier vom 7. d. M. — G3 — kündige ich Ihnen wegen Ihrer sozialdemokratischen Umtriebe hiermit das dienstliche Dienstverhältnis dergeßt auf, daß Sie ab d. d. M. nicht mehr beschäftigt werden und Ihnen das Beitreten der Werksvereine untersagt wird.

Das Ihnen während der 14-tägigen Kündigungsfrist bis 22. d. M. für die Wartezeit zuzehende Lohn, d. i. der zur Eisenbahnbeihilfenkasse veranlagte Tagesverdienst, können Sie wochentags vormittags bei der Eisenbahnhauptkasse hier abholen.

Der Betroffene ist Vater von vier Kindern und hat bisher mit der Sozialdemokratie nichts zu tun gehabt. Er ist aber nachher und lehnt es ab, bei der hohen Behörde betteln zu gehen. Er weiß, daß auch anderwärts Drot geboten wird, sucht sich andere Arbeit und erklärt jetzt, zum Protest gegen die christliche Liebe der Eisenbahnbehörde, seinen Eintritt in unsere Partei! Bravo!

Eisenbahner! Rahmt Euch für diese unwürdige Behandlung in der geheimen Wahl! Niemand kann Euch etwas wollen. Wählt Bauer oder Bernstein!

### Bernstein in der Eisenbahner-Vorstadt.

Etwa 500 bis 600 Personen hatten sich in dem Saale des Herrn Deutsch auf der Hubenstraße eingefunden, um den Kandidaten des Wahlkreises, den Genossen Bernstein, reden zu hören. Sturmischer Beifall empfing ihn, als er gegen 8<sup>1</sup>/<sub>2</sub> Uhr den Saal betrat. Bald darauf eröffnete der Leiter die Versammlung, und Genosse Bernstein ergriff das Wort zu seinem Vortrage über die nationale und die internationale Bedeutung der Reichstagswahl. Er führte ungefähr folgendes aus:

Der Wahltag ist als Kampftag der Parteien aufzufassen. Nicht die Person der einzelnen Kandidaten, sondern die Partei als solche muß gründlich geprüft werden. Die Wahlen von 1907 hatten eine Wehrheit geschaffen, die in keiner Weise für die Interessen des Volkes förderlich war. Das Vereingeleich bedente zum Teil nur für Preußen eine geringe Verbesserung dagegen für die übrigen Provinzen geradezu eine Verschlechterung. Die nach dem Zerbröckern des Reiches zu standekommene Verbindung des Zentrum und der Sozialdemokraten (Ulrichs mit dem Part), wie der Redner humorvoll bemerzte) hätte die Reichsfinanzreform und die Reichsversicherungserhebung geschaffen. Die Finanzreform belastete die Arbeiterklasse und den Mittelstand mit einer gewaltigen Ertragsrückgrader Steuern, ohne die Reichsrenten entsprechend heranzugiehen; dagegen wird die Reichsversicherungserhebung geradezu reaktionär auf unsere so sehr gefährdete Sozialpolitik. Wie stehen in der Steuerpolitik weit hinter den übrigen Kulturstaaten zurück. England lenne keine Steuern auf Lebensmittel, dort beträgt der Ertrag der Erbschaftsteuer viele Hunderte Millionen Mark. Die Lebensmittel sind dort weit billiger, als bei uns. Das allgemeine, gleiche Wahlrecht ist in Deutschland schon längst zur Länge geworden denn die Bevölkerungszahl der Wahlkreise ist sehr ungleich und schwänkt zwischen 5000 bis 1<sup>1</sup>/<sub>2</sub> Millionen. Bernstein, als Wähler von Seltow-Beslow, hat oftsehen Mal weniger Wahlrecht als ein Wähler des Herrn von Camp.

Die Politik der Liberalen ist sehr unübersehbar. Man kann eben nicht Gott dienen und dem Kamion. Die indirekten Steuern Mißbrauchsformen, ja sogar teilweise die Einkommensteuern finden unter ihnen Vertreter. Nirgends in der Welt wird auch, selbstverständlich unter nichtswegender Billigung, so sehr mit Hilfe der Liberalen, das Wahlrecht durch die Arbeiter in Mitleidenschaft mit bei uns? Wo werden die Staatsarbeiter in Mitleidenschaft mit bei uns? Kein Kulturstaat hat einen solchen Terrorismus. Es ist eine läge, wenn die bürgerlichen Parteien behaupten, das Wahlrecht sich zu wollen. Das ist in der Zeit der Großindustrie unmöglich. Nach der Statistik vermindert sich die Zahl der selbständigen Gewerbebetriebe fortwährend. Nur durch künstliche Mittel könnte dem "Handwerk" der Lebensgrund verbleiben werden.

Nach in der letzten Wahl haben die bürgerlichen Parteien verlor. Die Sozialdemokratie hat gewonnen, das heißt nahe wie ein neues Leben hervorzubringen. Eine neue, der in immer Zeit... Landes... haben... hätte... Königs... friedlicher... Handel... werden... in... Frankreich... den... ist die... der... des... bis 12. Januar eine... Dem...

Starke Beifall lohnte dem Redner, als er schloß. Da sich in der Aussprache kein Gegner zum Worte meldete, wies Genosse Deutsch auf die Ausführungen des Herrn Stadtordeordneten Weide hin, der vor wenigen Stunden in der Wahlvereinsversammlung das wahre Wesen seiner konservativen Parteifreunde und aller bürgerlichen Parteien so deutlich geschildert hatte, wie es ein Sozialdemokrat auch nicht besser kann. Wie jeder Wähler die Worte des Herrn Weide beherzigen und aus ihnen die Lehre ziehen, daß seine beste Vertreterin im neuen Reichstage nur die Sozialdemokratie sein kann.

Der Vorsitzende des Transportarbeiterverbandes, Genosse Kriebel, kritisierte scharf die Uebergriffe der Eisenbahnverwaltung gegenüber ihren Arbeitern. Das Verbot des Besuchs sozialdemokratischer Versammlungen sei eine verfassungswidrige Behinderung der staatsbürgerlichen Rechte, die von den Eisenbahnarbeitern hoffentlich gebührend beantragt werden wird.

Nachdem Genosse Bernstein im Schlußwort noch kurz auf die Anregungen der Diskussionsredner einzog und noch einmal einen warmen Ausruf an die Anwesenden richtete, am 12. Januar ihre Pflicht zu tun, schloß die Versammlung mit einem donnernden Hoch auf die Sozialdemokratie und den Genossen Bernstein.

### Der letzte Ausruf im Oberort.

In einer eindrucksvollen Kundgebung für die Sozialdemokratie gestaltete sich die Versammlung in der „Deutschen Krone“ am Dienstag. Truppenweise mühten die Besucher umher, die in dem überfüllten Saale keinen Platz mehr finden konnten. Genosse Bauer erntete für seine Ausführungen über die bevorstehenden Reichstagswahlen wohlverdienten einstimmigen Beifall. In der Aussprache verteidigte zunächst ein Zentrumsmann den Kardinal Ropp gegen Angriffe, die gar nicht bestanden. Ihm folgte Herr Stenckle, der Mann aus dem anarchistischen Lager, der eine Lanze für den Anti-Parlamentarismus zu brechen versuchte. Seine Ausführungen verhallen wirkungslos. Mehrere Genossen traten diesem wider die Spitze scharf entgegen. Auch Genosse Bauer widerlegte ihn genau genügend im Schlußwort. Die Leute vom Anarchismus mühten doch endlich einmal einzusehen, daß sie bei der sozialdemokratischen Arbeiterklasse, auch im Oberort, durch einen kurzen kernigen Ausruf des Genossen E. H. Müller wurde die Versammlung mit einem begeistert aufgenommenen Hoch auf die Sozialdemokratie geschlossen.



### Vor dem Tage der Entscheidung

veranstaltet die sozialdemokratische Partei noch Wählerversammlungen:

**Mittwoch**, den 10. Januar, abends 8 Uhr, in der „Neuen Forsche“, Groppenstraße; Redner: die Reichstagskandidaten Genossen Bernstein und Bauer;

bei Freitag, Oberstraße 48; Redner: Reichstagskandidat Genosse Bauer.

**Donnerstag**, den 11. Januar, abends 8 Uhr, bei Brüder, Gabigstraße Nr. 20; Redner: Genosse Bauer.

im Gewerkschaftshause, Margaretenstr. 17; Redner: Reichstagskandidat Genosse Bernstein.

Je mehr Gift und Galle die Feinde gegen uns ausspießen, um so kampfesfreudiger sollen sie unsere Reihen sich schließen sehen. Auf denn, zur letzten Feierschau!



### Wahlrechtsfeind Grünher in der Schlinge!

In der schwarz-blauen Versammlung am Dienstag in der „Wilhelmsburg“ auf der Neubrückstraße, die in ihrem Verlauf durchaus auf der sonstigen Höhe dieser Kundgebungen stand, hat Justizrat Grünher endlich kipp und klar Farbe bekant, wie er zum Reichstagswahlrecht steht. Er wollte nämlich in seiner Rede eine Anfrage der Oirsch-Dunckerischen Gewerksvereine, die er, der unterrichtete Mann, für „sozialdemokratische Gemeinlichkeiten“ hielt, über seine Stellung zum Koalitionsrecht beantworten. Er begann sie mit folgenden wörtlichen Ausführungen, die sofort an Ort und Stelle niedergeschrieben wurden:

Es muß berücksichtigt werden, daß die Arbeiter ein volles Wahlrecht haben, niemand kann auf sie einwirken. Eine andere Frage ist allerdings, ob dieses Wahlrecht, das alle auf eine Stufe stellt, das beste ist; die Majen kommen durch das Wahlrecht zu einer Gewalt, die sie nicht beanspruchen sollten; es ist also nicht das richtige. Allerdings ist es nun einmal da, und wir müssen uns damit abfinden. Aber das jegige Wahlrecht für Preußen muß bleiben; das muß den herrschenden Klassen beifallen werden!

Die „Schlesische Zeitung“ hat die Stirn, diese Meinerung, an der nicht zu brechen und zu deuteln ist, in ihr Segen teil unzulässig.

Erfolglose Mühe! Der kreuzbrige Volksmann Grünher, der in jeder Versammlung alle Mühseligen und Beladenen an seine christliche Brust drückt, ist entfällt als echter Angehöriger der Junkerpartei, die im gegebenen Moment das einzige Recht, das das Volk noch besitzt, zerstören würde!

Als die gestrige Versammlung geschlossen wurde, rief ein Ausruf zur größten Mut der Schwarzblauen dröhnend in den Saal hinein:

Ihr seid die schlimmsten Volksbeträger! Arbeiter, kleine Leute, Angestellte keine Stimme den Feinden des Reichstagswahlrechts! Nieder mit den Schwarzblauen!

### Kein Wort

Jauch in der letzten schwarz-blauen Versammlung in der „Wilhelmsburg“ Justizrat Grünher zu unseren Darlegungen, daß sich seine Partei königlich preussischer Schamgelehrte in Uniform als Wahlfürer bedient. Anwesenheitsveruche würden auch nichts helfen; die Sache kimm! Wähler, gehi die Antwort auf derartigen Mißbrauch!

Die Köhliche Gelandheit der Kerben- und Gemütskräfte hatte Anfang des Monats Dezember einen Bestand von 135 Armeen; im Laufe des Monats Dezember einen Zugang von 101 Personen, dagegen einen Abgang von 108 Personen einschließlich 4 verstorbenen, so daß am Ende des Monats 127 Armeen zurückblieben.

### Antliche Wahlbeeinflussungen

werden uns aus mehreren Dörfern gemeldet. In Herrprotsch, Kreis Breslau, hat der Gemeinde-Vorsteher den Tag der Wahl bekannt gemacht, gleichzeitig ließ er aber den meindemütigsten Mitgliedern, Sonnabend, den 6. Januar, abends 7 Uhr, trotz bei Kopp in Herrprotsch eine öffentliche politische Versammlung mit dem Kandidaten Grafen Carmer aus Herrprotsch als Redner abgehalten. Das ist nach den Grundbüchern der Wahlprüfungs-Kommission des deutschen Reichstages eine unzulässige Wahlbeeinflussung.

In Dambritz hat der Gemeindevorsteher A. N. den Gebetszettel mit dem Vermerk „Bitte“ herumgeschickt. Der Zettel gab den Wahltag bekannt und daß der Amtsekretär als Wahlvorsteher vom Landrat bestimmt worden ist; außerdem aber war auf dem Zettel zu lesen, die konservativen Stimmgäuel für den Grafen Carmer auf Franzosen werden bei Kühnrost (das ist der Amtsdienst) ausgegeben. Dieser Amtsdienst hat schon wiederholt konservative Flugblätter und Schriften ausgetragen.

In Maserwitz läßt der Gemeindevorsteher durch seinen Sohn, der etwa zwölf Jahre alt ist, konservative Flugblätter und Schriften im Dorfe verbreiten.

Alles das zeigt so recht, wie die wichtigsten Gesetze auf dem Lande von den Leuten beachtet werden, die zu Hühnern der Ordnung bestimmt sind. Kein Amtsvorsteher, Landrat, Gemeindevorsteher oder sonst ein Beamter hat das Recht, in seiner Eigenschaft als Beamter in die Wahlaktion einzugreifen; wo es trotzdem geschieht, da liegt eine unzulässige Wahlbeeinflussung vor. Wie den ganzen Wahlakt im Kreise unzulässig macht. Wir erlauben unsere Genossen, alle amtlichen Verträge sofort dem Parteisekretariat in Breslau II, Neue Groppenstraße 5, II, zu melden.

### Die Königl. Eisenbahndirektion sendet uns folgende Berichtigung:

Es ist unrichtig, daß in Bezirk der Königl. Eisenbahndirektion Breslau vom 1. Januar 1912 ab die Sonntagarbeit in den Betriebswerkstätten eingeschränkt und dadurch eine Vorkürzung herbeigeführt ist.

Richtig ist vielmehr, daß nach wie vor aus Betriebsgründen etwa an jedem zweiten Sonntag gearbeitet werden soll, daß jedoch hinfür den Lohn nur an solchen Sonntagen gezahlt wird, an denen wirklich gearbeitet ist. Als Ersatz ist der tägliche Lohn durch Vermehrung mit 14/15 bedeckt erhöht worden, das eine Einbuße nicht eintritt. Außerdem ist anlässlich der allgemeinen Lohnherabsetzung am 10. bis 20. Bfa. aufgehoben worden. Innerhalb 14 Tagen betrug deshalb zum Teil in Breslau die Lohnneimahme früher 14,46 Mt. (Schiffahrt) = 64,49 Mt., nach dem 1. Januar 1912 13,520 Mt. = 67,30 Mt., also 320 Mt. oder etwa 20 Pfg. täglich mehr als früher.

Mallison.

Wir glauben, daß die Eisenbahner selber auch wissen, wie sie bei der Erhöhung abgeschnitten sind und in Reife z. V. hat ausdrücklich ihre Organisation die Ausrechnung mit dem Untersdruck vorgenommen. Sie werden sich ja alle bei uns melden, um ihre Abrechnung vorzulegen.

Und sie werden trotz alledem — sozialdemokratisch wählen!

### Die blutigen Straßenkrawalle in Berlin, Mosbit und Frankfurt a. M.

hierin ein rosafarbenes Zitat für den konservativen Justizrat Grüner. Daß die Verleumdung der Sozialdemokratie eine beliebte Waffe der Reichsverbändler ist, wissen wir. Aber ein Justizrat sollte wenigstens wissen, was Gerichte über diese Krawalle festgestellt haben. Hat denn der Herr Justizrat garnichts erfahren von der Ermordung des Arbeiters Herrmann und anderen Polizeitalen, die gerichtlich festgestellt worden sind, während sich auch bei allem Fleiß von Staatsanwalt und Richtern nicht die geringste Schuld der Sozialdemokratie an irgendwelchen Krawallen feststellen ließ? Die Gerichte haben festgestellt, daß nicht die Sozialdemokratie, sondern die Polizei es war, die Ausschreitungen verübte. Wer solche Ausschreitungen verhindern will, wählt deshalb Bauer und Bernstein.

### Guten Antrag auf Eingemeindung mit Breslau will die Gemeinde Klein-Tschansch stellen.

Die Gemeinde-Vertreter dieses Dorfes haben in ihrer Sitzung am letzten Dienstag über die Eingemeindung verhandelt und beschlossen, sie arundfänglich zu beantragen. Der Breslauer Magistrat soll erlucht werden, zu erklären, unter welchen Bedingungen er mit der Eingemeindung einverstanden ist. Der Vertreter Sitzung wohnte der Landrat Dr. Wilhelm Haus bei.

### Die Volkswacht im Zweidrittel Koffer.

Von einem treuen Veler wird uns geschrieben: Im Schmiedmüller Keller, der von Arbeitern sehr stark besucht wird, liegen in den einzelnen Sälen die Zeitungen aller bürgerlichen Parteien aus. Die Volkswacht ist auch in mehreren Exemplaren abonniert, wird aber nur auf besondere Verlangen von der Kasse, wo sie an unzugänglichem Platz ein beschautes Dasein führt, hervorgebracht; nach dem Gebrauch muß sie von den Kellnern sofort an ihren Standort zurückgebracht werden. Was ist wohl der Zweck dieser sonderbaren Verordnung. Der Kluge? Die Arbeiter empfinden die Auslage des Mißlich-Organs ja auch nicht störend. Meint man denn, im Schmiedmüller Keller ist es nur nötig, auf die bürgerlichen Gasse Rücksicht zu nehmen? U. U. m. g.

### Der Großschiffahrtsweg.

Die viel besprochene Frage des zweiten bei Breslau zu schaffenden Großschiffahrtsweges scheint nunmehr zur Lösung gekommen zu sein. Es handelte sich bisher immer darum, ob er mitten durch die Stadt gehen oder nördlich um die Stadt herumgeführt oder durch Erweiterung des jetzigen Schiffahrtsweges im Zuge der Alten Ober geschaffen werden sollte. Auf dem Wege durch die Stadt scheint man nicht mehr zu bestehen. Denn der neue preussische Etat, der Mittel für die Verbesserung der Oberschiffahrtstraße bei Breslau enthält, spricht, wie der „Schles. Zig.“ mitgeteilt wird, von einem Umgehungsarm der Ober. Auch die Schleuse bei Ransern wird hier genannt. Sie wäre in jedem Falle ersorderlich, gleichviel, ob man durch die Stadt oder um die Stadt herumginge. Das Breslauer Großschiffahrtswegprojekt erfordert im ganzen ungefähr 18 bis 20 Millionen Mark. Von dieser Summe würden 6 Millionen abzugehen sein, die bereits im Wasserstraßen-gesetz vom 1. April 1905 enthalten sind. Da mit der Lösung des Schiffahrtswegs die Breslauer Hochwasserfrage aufs engste verknüpft ist, so darf man wohl annehmen, daß auch diese in der nächsten Zeit dem Reichstag vorzulegen sein wird.



**Versammlungen und Vereine.**

**Gewerkschaftshaus.**  
Mittwoch, den 10. Januar:  
Brauerei- und Mühlenarbeiter-Verband. Lichtbilder-  
vortrag im großen Saale.  
Radfahrer-Versammlung im Zimmer 1.  
Donnerstag, den 11. Januar:  
Tapezierer-Versammlung im Zimmer 1.  
Französischer Unterricht. Abends Punkt 8 Uhr im  
Billardzimmer.  
Sonntag, den 13. Januar:  
Folger und Maschinen. Stiftungsfeier im großen Saale.  
Leberarbeiter-Verein. Versammlung im Zimmer 2.  
Sonntag, den 14. Januar:  
Paradeur-Verein der Klempner. Versammlung im Zimmer 2,  
vormittags 10 Uhr.  
Haus-Angestellte. Versammlung im Zimmer 2, nachmittags  
4 Uhr.  
Krankenkasse der Wäcker. Versammlung im Zimmer 3, nach-  
mittags 4 Uhr.

Montag, den 15. Januar:  
Bibliothek des Sozialdemokratischen Vereins. Bücheraus-  
gabe von 6 1/2-9 Uhr im Zimmer 7.  
Donnerstag, den 18. Januar:  
Bibliothek des Sozialdemokratischen Vereins. Bücheraus-  
gabe von 6 1/2-9 Uhr im Zimmer 7.

**Sozialdemokratischer Verein Breslau.**

**District 8 (Ostertor).**  
Genossen, welche am Tage der Wahl tätig sein wollen,  
möchten sich beim Districtsführer melden.  
**Sozialdemokratischer Verein für Breslau (Süd-  
Neumarkt).**

Land-District 10. Bezirk Gräbchen. Mittwoch,  
den 10. Januar: Abends. Jedes Viertel muß erscheinen,  
die Mitgliedsbücher werden ausgegeben; auch müssen die Sam-  
melkarten mitgebracht werden. Der Districtsführer.

Land-District 17 (Deutsch-Siffa). Mit noch den 10. Ja-  
nuar bei Köhlich im „Breslauer Hof“. Zutritt nur aller  
Wahlberechtigten; auch die arbeitstüchtigen Genossen sind eingeladen.

**Brigade. Deutscher Bauarbeiter-Verband.** Sonntag,  
den 14. Januar, Vormittags 9 Uhr, bei Hofmann,  
Fischerstraße Nr. 16, Generalversammlung. Tagesordnung:  
Quartals-Bericht, 2. Jahresabschluss und Bericht.  
Neuwahl des gesamten Vorstandes. Verschiedenes. Mit-  
gliedsbücher sind mitzubringen.

**Docteren. Öffentliche Wählerversammlung.** Mitt-  
woch, den 10. Januar, abends 8 Uhr im Gerichts-  
gebäude. Tagesordnung: Die Sozialdemokratie und ihre  
Gegner im Wahlkampf. Ref.: Reichstagskandidat Dietrich,  
Breslau.

**Requitz. Metallarbeiter.** Sonnabend, 13. Januar  
abends 8 1/2 Uhr, Mitglieder-Versammlung: Tagesordnung:  
Jahresbericht 1911.

**Trebnitz. Öffentliche Wählerversammlung.** Donner-  
stag, den 11. Januar, abends 8 Uhr, im Kongreß-  
haus (Zim.: Herr Masner). Referent: Reichstags-  
kandidat Heinrich Köhler. Breslau.

**Ergebnisse der städtischen Wahl-Vorwahlen-Kommission.**

Wahlbezirk	für		gegen	
	Wahlberechtigte	Wahlberechtigte	Wahlberechtigte	Wahlberechtigte
1. Wahlbezirk	20 20	15 30	15 30	15 30
2. Wahlbezirk	20 20	15 30	15 30	15 30
3. Wahlbezirk	20 20	15 30	15 30	15 30
4. Wahlbezirk	20 20	15 30	15 30	15 30
5. Wahlbezirk	20 20	15 30	15 30	15 30
6. Wahlbezirk	20 20	15 30	15 30	15 30
7. Wahlbezirk	20 20	15 30	15 30	15 30
8. Wahlbezirk	20 20	15 30	15 30	15 30
9. Wahlbezirk	20 20	15 30	15 30	15 30
10. Wahlbezirk	20 20	15 30	15 30	15 30

**Breslauer Viehmarkt.** 2000 Stück Vieh veräußert. 1000 Stück Schweine, 500 Stück Rinder, 2000 Stück Schafe, 1000 Stück Pferde, 500 Stück Geflügel.

**Am 9. Januar, nachmittags 4 Uhr, verschied nach kurzem aber schwerem Leiden die Tochter unseres Vereinskollegen**

**Fräulein Helene Budewig**  
im blühenden Alter von 17 Jahren 6 Monaten.  
Ein ehrendes Andenken bewahren ihr

Die Mitglieder  
des Spar-Vereins „Germania“.  
Beerdigung: Donnerstag, den 11. Januar, nachmittags  
3 Uhr, vom Trauerhause Reuschestraße 64 nach Gräbchen.

Soeben erschienen:

**Die Sozialdemokratie**

Im Urteile ihrer Gegner  
von  
**A. Erdmann.**

In Leinen gebunden 2 Mark.

Buchhandlung Volkswacht.

**Aus der Tiefe**

(Arbeiterbriefe).  
Beiträge zur Seelen-Analyse moderner Arbeiter.  
Preis anstatt 100 Mk. nur 50 Pfg.  
(Gut erhaltene Remittendenexemplare.)

Buchhandlung „Volkswacht“.

**Stadt-Theater.**

Mittwoch, 7 1/2 Uhr:  
Neu einstudiert  
„Die Hölle“ (Oper).  
Donnerstag, 7 1/2 Uhr:  
„Don Juan“.  
Freitag, 7 1/2 Uhr:  
„Der Rosenkavalier“.

**Lobs-Theater.**

Mittwoch, 7 1/2 Uhr:  
„Gudrun“.  
Donnerstag, 7 1/2 Uhr:  
„Das Brünchen“.  
Freitag, 7 1/2 Uhr:  
„Gudrun“.

**Thalia-Theater**

Mittwoch: Humboldt-Verein.  
Abonnement-Vorstellung (Graue Karten):  
„Die Ozeanreise“.  
Donnerstag, 7 1/2 Uhr, 4. Vorstellung:  
„Mosenmontag“.  
Freitag: Humboldt-Verein.  
Abonnement-Vorstellung (Graue Karten):  
„Die Ozeanreise“.

**Schauspielhaus**

Mittwoch, 8 Uhr:  
„Die moderne Eva“.  
Donnerstag, 8 Uhr:  
„Die moderne Eva“.  
Freitag, 8 Uhr:  
„Die moderne Eva“.

**Liebich's Etablissement**

**Tetzlaff-Landa**  
Jülich Kempinski  
Romanus I. Carl Reinsch  
etc. etc. etc.  
Anfang 7 1/2 Uhr. 303

**Viktoria-Theater**

Neu! Neu!  
„Cabaret Onkel“  
mit Carl Schmitz.  
Walter Bährmann  
und die and. Centraltonen.  
Anfang 8 Uhr. 330  
Sonnabend, 8 Uhr.

**Zeltgarten**

Grosse Künstler-Vorstellung.  
Spezialitäten.  
Der Rattenfänger  
mit 150 weiß. Ratten. Anfang  
und 8 1/2 Uhr.  
Eintritt 20 Pf.

**Palmengarten.**

2 vorzügliche  
Kaffeecken.  
Fidèle Bauern-Kapelle  
und  
Damen-Biasorchester.  
Eintritt frei. 321

**Union-Kino**

Graupenstrasse 6-10  
am Karlsplatz.  
Nur für Erwachsene!  
Spielzeit ca. 1 Stunde:  
Der Leidensweg  
einer  
Frau.  
Ehedrama aus dem modernen  
Leben.  
Lesen Sie das tägliche Programm.  
Erstklassige Rezitation, Dialog,  
Klavier- u. Harmonium-  
begleitung.  
Nur  
4  
Tage.  
463

**Maschinen**

in prachtv. Auswahl!  
für Herren u. Damen!  
Scherzartikel aller Art.  
Moderne Fracks  
und Gesellschaftsanzüge  
preiswert. 113  
Heinrich Jacobson  
(14 Jahre am  
Breslauer Stadttheater).  
Neue Schweidnitzer Straße 13.

**Masken**

20 bis 30 Bfg. pro Zahn  
alte künstliche Gebisse kauft  
H. Aulich, Pliszebrennerstr.  
Trebnitzerstr. 38. 455

**Ueberzieher**

Anzüge  
Anzahlung  
Nebensache!  
Möbel  
einzelne Stühle,  
ganze Einrichtungen.  
Bequemste  
Abzahlung.  
Max Biermann,  
52 Ring 52, I. Etage  
neben der Stadtkasse.  
Filiale in  
Waldenburg (Schl.)  
Auch nach auswärtig.

**Frack-**

und Rock-Anzüge,  
Chapsau-Clauques.  
H. Mohaupt  
Schweidnitzerstrasse 8a, I.  
Eingang Karlsstrasse  
(früher Albrechtsstrasse).  
Telephon 1301. 731

**Verleih-Institut**

eleganter  
H. Mohaupt  
Schweidnitzerstrasse 8a, I.  
Eingang Karlsstrasse  
(früher Albrechtsstrasse).  
Telephon 1301. 731

**Frack-**

und Rock-Anzüge,  
Chapsau-Clauques.  
H. Mohaupt  
Schweidnitzerstrasse 8a, I.  
Eingang Karlsstrasse  
(früher Albrechtsstrasse).  
Telephon 1301. 731

**Frack-**

und Rock-Anzüge,  
Chapsau-Clauques.  
H. Mohaupt  
Schweidnitzerstrasse 8a, I.  
Eingang Karlsstrasse  
(früher Albrechtsstrasse).  
Telephon 1301. 731

**Humboldt-Verein.**

Donnerstag, den 11. Januar,  
abends 8 Uhr.  
im Saale von Casperke's Restaurant.  
Matthiasstrasse 38

**Vortrag**

des Herrn Dr. Hans Lutz:  
Herbstare in  
Portugal und Marokko.  
Mit zahlr. Lichtbildern. Eintritt frei.

**Verleih-Institut**

eleganter  
H. Mohaupt  
Schweidnitzerstrasse 8a, I.  
Eingang Karlsstrasse  
(früher Albrechtsstrasse).  
Telephon 1301. 731

**Frack-**

und Rock-Anzüge,  
Chapsau-Clauques.  
H. Mohaupt  
Schweidnitzerstrasse 8a, I.  
Eingang Karlsstrasse  
(früher Albrechtsstrasse).  
Telephon 1301. 731

**Verleih-Institut**

eleganter  
H. Mohaupt  
Schweidnitzerstrasse 8a, I.  
Eingang Karlsstrasse  
(früher Albrechtsstrasse).  
Telephon 1301. 731

**Frack-**

und Rock-Anzüge,  
Chapsau-Clauques.  
H. Mohaupt  
Schweidnitzerstrasse 8a, I.  
Eingang Karlsstrasse  
(früher Albrechtsstrasse).  
Telephon 1301. 731

**Verleih-Institut**

eleganter  
H. Mohaupt  
Schweidnitzerstrasse 8a, I.  
Eingang Karlsstrasse  
(früher Albrechtsstrasse).  
Telephon 1301. 731

**Frack-**

und Rock-Anzüge,  
Chapsau-Clauques.  
H. Mohaupt  
Schweidnitzerstrasse 8a, I.  
Eingang Karlsstrasse  
(früher Albrechtsstrasse).  
Telephon 1301. 731

**Verleih-Institut**

eleganter  
H. Mohaupt  
Schweidnitzerstrasse 8a, I.  
Eingang Karlsstrasse  
(früher Albrechtsstrasse).  
Telephon 1301. 731

**Frack-**

und Rock-Anzüge,  
Chapsau-Clauques.  
H. Mohaupt  
Schweidnitzerstrasse 8a, I.  
Eingang Karlsstrasse  
(früher Albrechtsstrasse).  
Telephon 1301. 731

**Verleih-Institut**

eleganter  
H. Mohaupt  
Schweidnitzerstrasse 8a, I.  
Eingang Karlsstrasse  
(früher Albrechtsstrasse).  
Telephon 1301. 731

**Frack-**

und Rock-Anzüge,  
Chapsau-Clauques.  
H. Mohaupt  
Schweidnitzerstrasse 8a, I.  
Eingang Karlsstrasse  
(früher Albrechtsstrasse).  
Telephon 1301. 731

**Verleih-Institut**

eleganter  
H. Mohaupt  
Schweidnitzerstrasse 8a, I.  
Eingang Karlsstrasse  
(früher Albrechtsstrasse).  
Telephon 1301. 731

**Frack-**

und Rock-Anzüge,  
Chapsau-Clauques.  
H. Mohaupt  
Schweidnitzerstrasse 8a, I.  
Eingang Karlsstrasse  
(früher Albrechtsstrasse).  
Telephon 1301. 731

**Verleih-Institut**

eleganter  
H. Mohaupt  
Schweidnitzerstrasse 8a, I.  
Eingang Karlsstrasse  
(früher Albrechtsstrasse).  
Telephon 1301. 731

**Frack-**

und Rock-Anzüge,  
Chapsau-Clauques.  
H. Mohaupt  
Schweidnitzerstrasse 8a, I.  
Eingang Karlsstrasse  
(früher Albrechtsstrasse).  
Telephon 1301. 731

**Große wissenschaftliche**  
**Lichtbilder-Vorträge**  
des Herrn Direktor Wllyg vom Waldsanatorium Oybin  
Donnerst., 11. Jan. i. Ringenghaus, Seminargasse, f. Herren  
Freitag, 12. " abends 7 1/2 Uhr. "



**I. Teil.**  
Die Kur i. An-scheite.  
Neue Wege zur  
Krankheitsheilung ohne  
Medikation und ohne  
Operationen.  
Organ-Veränderungen im  
menschlichen Körper:  
Dehnungen, Entzündungen,  
Anämien,  
Erweichungen,  
Erstarrungen,  
Verwachsungen, Neu-  
bildungen, Entzündungen,  
Erschlaffungen,  
Störungen, u. d.  
Gestaltung,  
Neu-entst.  
Die Wärme für eine  
starke Kraft für die  
Leben's-Entwickelung.  
Selbstheilung  
in Krankheitsfällen.

**II. Teil.**  
Was Erweichung über  
die Leben's-Entwickelung  
Frauen und Männer wissen müssen? Was  
man über das Weib und die Folgen der  
Weib-Krankheiten wissen sollte. Ursachen der  
Grunderkrankungen im Weiblichen Leben. Querschnitts-  
Abb., Veranschaulichungen. Die großen  
Ursachen der Weiblichen Krankheiten. Die Wärme für die  
Leben's-Entwickelung. Die Kunst des glück-  
lichen Weiblichen Lebens.

**III. Teil.**  
Schönheits-Anspruch. Wahre Schönheitspflege.  
Wo i. kindl. u. jugendl. u. im Alter. Un-  
sittliche Schönheitspflege. Wann und wie dar-  
über zu sprechen? Folgen der Unwissenheit. An-  
nehmlichkeit. Schönheitspflege. Glänzende Ver-  
herrlichung. Warum i. die Weiblichen Krankheiten  
und Weiblichen? Wie können diese Operationen  
und Krankheiten verhütet werden?

Nach den Vorträgen:  
Diskussion und Fragenbeantwortungen.  
Eintritt 50 Pf., reservierter Platz 1 Mk.  
Nur für Erwachsene über 18 Jahre.

Die Einberufungskommission.

8559



**Gestatten Sie,**  
dass ich mich Ihnen  
vorstelle:  
Mein Name ist „Pilo“!  
Ich bin überall bekannt  
als das beste Schuh-  
putzmittel, das im  
Moment bei grösster  
Billigkeit und Spar-  
samkeit eleganten,  
dauerhaften Hochglanz gibt und dabei das Leder er-  
hält. Wollen Sie's nicht einmal mit mir probieren?  
Verlangen Sie bitte überall nur Pilo!

**Holländer Spezialität**  
10 St. 50 Pfg. 8241  
**Leopold Birkholtz**  
Hauptgeschäft Schweidnitzerstr. 43b, Ecke Ohle  
Zweiggeschäfte in allen Stadtteilen.

**Die Neue Zeit**  
:: Wochenchrift der Deutschen Sozialdemokratie ::  
Redigiert von Karl Kautsky.

Die Neue Zeit erscheint wöchentlich einmal und  
ist durch alle Buchhandlungen und Postämter zum  
Preis von Mk. 3.25 pro Quartal zu beziehen.  
Das einzelne Heft kostet 25 Pfennig. Durch die  
Post bezogen beträgt der vierteljährliche Abonnemen-  
tenspreis Mk. 8.25 (ohne Postgebühr). Bei direktem  
Bestellungs- und Abbestellungswechseln Deutschlands  
und Österreich-Ungarns vierteljährlich Mk. 3.90,  
innerhalb des Reichsgebietes vierteljährlich Mk. 4.55.  
Die Neue Zeit darf als wertvollste Zeitschrift  
für alle diejenigen bezeichnet werden, welche ein  
mehr als flüchtiges Interesse für die große Tages-  
frage der sozialen Entwicklung haben.

Buchhandlung Volkswacht



## Sichert Euer Stimmrecht!

Wähler, gebt am Wahltage acht!  
Wählt zeitig, zeitig, zeitig!  
Geht nicht erst in letzter Stunde zur Urne!

Wer um 7 Uhr nicht gewählt hat,  
verliert sein Stimmrecht  
trotz Anwesenheit im Wahllokal.  
Starker Wählerandrang in letzter Stunde  
bedeutet sicher Stimmenverlust.  
Laßt keine Stimme verloren gehen!  
Natürlich darf immer nur ein Stimmzettel  
in das Kuvert gesteckt werden!

## 25 Gründe, feinen Liberalen zu wählen. Die Nationalliberalen haben für die Verpflegung der preussischen Volksschule gestimmt.

Die Schulfrage gehört nicht unmittelbar zu den Aufgaben der Reichsregierung. Da sich aber die Liberalen stets als bewährte Bildungsfreunde und Schulfreunde auszeichneten, muß auch dieser Punkt mitberührt werden. Die Bildungsfreundlichkeit der Liberalen reicht nämlich nur soweit, als die Bedürfnisse ihres eigenen großbürgerlichen Nachwuchses in Frage kommen. Für die Volksschule aber, die Schule der Arbeiterkinder, ist ihnen bald alles gut genug.

Als im Winter 1903/1904 das neue preussische Schulunterhaltungsgesetz erschien, das die Konfessionschule in Preußen berechnen sollte, ließen die Liberalen im Lande zunächst dagegen Sturm. Im Mai 1904 aber schloßen die Nationalliberalen — unter lebhaftem Protest ihres jungliberalen Flügels — mit Zentrum und Konservativen ein Kompromiß ab, dessen erster grundlegender Satz lautet:

In der Regel sollen die Schüler einer Schule derselben Konfession angehören und von Lehrern ihrer Konfession unterrichtet werden.

Auf Grund dieses Kompromißes kam dann im Jahre 1906 das Schulunterhaltungsgesetz zustande, als ein voller Sieg der Reaktion. Die kulturfeindlichen Nationalliberalen hatten die preussische Schule an den schwarz-blauen Hals verhandelt!

In Berlin, wo der Freisinn seit Jahrzehnten unbeschränkt herrscht, sind die Schulzustände geradezu verurteilt. Im Jahre 1911 gab es für 20.000 Berliner Schulkinder nicht einmal eigene Schulhäuser, sie wurden in gemieteten Räumen untergebracht. Von 233 Elementarschulen besitzen nur 150 Turnhallen. Die Klassen sind durchschnittlich mit 45 Kindern besetzt, doch wird die Höchstzahl von 60 oft genug noch überschritten. Die Lehrergehälter sind in Berlin schlechter als in anderen Gemeinden und den Vorortsgemeinden von Berlin selbst.

Das liberale Bürgertum hat kein Interesse an der Volksschule, denn es sucht seine eigenen Kinder in die vornehmen Privatschulen, die entgegen der pädagogischen Forderung einer allgemeinen Volksschule hartnäckig aufrechterhalten wird.

Wir fragen nach alledem: Wie steht um den Kampf der Nationalliberalen gegen das Zentrum, da sich jene gerade in der wichtigsten Kulturfrage dem Willen der Liberalen unterwerfen haben? Wie steht es mit der berühmten Bildungsfreundlichkeit des Fortschritts?

Alles Mühsal und Lärm! Es gibt nur eine Partei, die aus der Volksschule eine allgemeine, gute und freie Schule des Volkes machen will, und das ist die Sozialdemokratie.

## Wähler! laßt Euch nicht beeinflussen!

Zu allgemeinem Ruh und Frommen bringen wir nachstehend die Paragraphen des Reichsstrafgesetzbuches zur allgemeinen Kenntnis, die den Wähler in seiner ungehinderten Ausübung seines Wahlrechts schützen und bestimmte Wahlmanipulationen mit Strafen belegen. Sie lauten:

§ 107.  
Wer einen Deutschen durch Gewalt oder durch Drohung mit einer strafbaren Handlung verhindert, in Ausübung seiner staatsbürgerlichen Rechte zu wählen oder zu stimmen, wird mit Gefängnis nicht unter sechs Monaten oder mit Festungshaft bis zu fünf Jahren bestraft. Der Versuch ist strafbar.

§ 108.  
Wer in einer öffentlichen Angelegenheit mit der Sammlung von Wahl- oder Stimmzetteln oder -Zeichen oder mit der Führung der Beurkundungsverhandlung beauftragt, ein unrichtiges Ergebnis der Wahlhandlung vorsätzlich herbeiführt oder das Ergebnis verfälscht, wird mit Gefängnis von einer Woche bis zu drei Jahren bestraft.

Wird die Handlung von jemand begangen, welcher nicht mit der Sammlung der Stimm- oder Zeichen oder einer anderen Beurkundung bei dem Wahlgeschäfte beauftragt ist, so tritt Gefängnisstrafe bis zu zwei Jahren ein.

Auch kann auf Verlust der bürgerlichen Ehrenrechte erkannt werden.

§ 109.  
Wer in einer öffentlichen Angelegenheit eine Wahlstimme kauft oder verkauft, wird mit Gefängnis von einem Monat bis zu zwei Jahren bestraft; auch kann auf Verlust der bürgerlichen Ehrenrechte erkannt werden.

§ 339.  
Ein Beamter, welcher durch Mißbrauch seiner Amtsgewalt oder durch Androhung eines bestimmten Mißbrauchs derselben jemand zu einer Handlung, Fuldung oder Unterlassung widerrechtlich nötigt, wird mit Gefängnis bestraft. Der Versuch ist strafbar.

In den Fällen des ... § 107 tritt die daselbst angeordnete Strafe ein, wenn die Handlung von einem Beamten, wenn auch ohne Gewalt oder Drohung, aber durch Mißbrauch seiner Amtsgewalt oder Androhung eines bestimmten Mißbrauchs derselben begangen ist.

Beamte, Eisenbahner, Ihr seid geküßt! Ihr wählt heimlich! Wählt sozialdemokratisch!

## Schlesische Wahlkampfblätter. Wähler, wahrt Euer Recht!

Aus mehreren Landgemeinden wird uns gemeldet, daß die Wähler in der Wählerliste gestrichen wurden, die Anfang Januar aus einem Dorfe ins andere verzogen sind. Viele Gemeindevorsteher sagen den Umziehenden bei der Abmeldung: „Ihr werdet hier in der Liste gestrichen und dürft bei uns am 12. Januar nicht wählen; laßt Euch in dem Dorfe in die Liste eintragen, wo Ihr jetzt wohnt.“ Dieses Vorgehen der Gemeindevorsteher, das leider auf landräuliche Anweisungen gestützt werden konnte, ist ganz ungesetzlich. Jetzt muß auch der Neumarkter Landrat, v. Lettenborn, in einer Sonderausgabe seines Kreisblattes erklären, daß Berichtigungen der Wählerlisten nur zulässig sind an der Hand der Einsprüche, die vom 14. bis 21. Dezember 1911 eingelegt wurden. Der Wohnungswechsel zu Neujahr darf nicht dazu führen, die Wählerlisten irgendwie zu ändern. Der Neumarkter Landrat weist die Magistrate, Guts- und Gemeinde-Vor-

stände ausdrücklich darauf hin, ersucht sie, die Wählerlisten zu prüfen und etwaige ungesetzliche Nachtragungen in den Wählerlisten sofort zu streichen.

Also Ihr Wähler in Stadt und Land, Ihr wählt in jedem Falle dort, wo Ihr in die Liste eingetragen seid, ganz gleich, ob Ihr dort noch wohnt oder nicht. Laßt Euch das Wahlrecht nicht entreißen!

Um alle Zweifel zu beseitigen, weist heute der Landrat des Kreises Breslau darauf hin, daß Wähler, welche nach dem 21. Dezember 1911, also nach Schluß der für die Auslegung der Reichstags-Wähler-Liste vorgeschriebenen Frist, nach einem anderen Wahlbezirk verzogen sind, in ihrem alten Wohnort wahlberechtigt bleiben, sofern sie in demselben in der Wählerliste verzeichnet stehen. Besonders werden hieron die Neujahr 1912 verzogenen Wähler betroffen.“ Diese Wähler hatten, so laut der Landrat weiter sehr wichtig, „in ihrem neuen Wohnort in der Wählerliste nicht mehr nachgetragen werden.“ Selbstverständlich war auch hier Streichung am alten Wohnorte nicht zulässig, worauf der Breslauer Landrat seine Ortsvorstände bereits hingewiesen hat.

Hierbei müssen wir betonen, daß Herr v. Witzelhaus in Breslau zu den wenigen Landräten gehört, die das Wahlgesetz mit dem Wahlreglement zutreffend ausgelegt haben. Ein Teil der Landräte hat dagegen mit seinen verfehlten Besannmachungen eine geradezu heillose Verwirrung anarichet. Unsere Genossen müssen deshalb auf dem Posten sein und mit dafür sorgen, daß die Wähler wissen, was ihr gutes Recht ist.

## Ueber Beeinflussung ländlicher Wähler

zur konservativen Stimmenabgabe wird uns aus dem Wahlsprengel GutsMuth-Steinau-Weißau von verschiedenen Seiten eingehende Mitteilungen gemacht. Das Mandat des Grafen Gerner scheint demnach sehr gefährdet zu sein, wenn man zu Muth greift, die würden sie von uns verurteilt werden, helle Enttäuschung bei den verarmten Tinschen von Thron und Altar hervorgerufen und den Fortwährenden über sozialdemokratischen Terrorismus neue Nahrung zuführen würden. In Steinau werden in der dortigen Juckerfabrik von der Fabrikleitung die Leute unter schriftlich aufgefordert, dem konservativen Kandidaten ihre Stimme zu geben. Ähnliches oder genau dasselbe wird uns aus verschiedenen anderen Gegenden des Kreises mitgeteilt, wo der Gutsinspektor Sozialisten durch Zirkulation bei den Ortsangehörigen eine Probe abzunehmen als berechtigt sieht.

Nedenfalls wird diese Art konservativer Wahlmanipulation, die die Schwäche ihrer Position erkennen läßt, zu einer Besprechung im Reichstage noch Veranlassung geben.

## Vom letzten Appell.

Am vergangenen Sonntag war für Bielefeld eine Volksversammlung unter freiem Himmel angelegt und zwar auf Wunsch hiesiger Einwohner, die in der letzten konservativen Versammlung amweid waren, in der aber unser Genosse Siegler die Erwiderung auf den konservativen Redner verweigert wurde. Der Redner sah es mit den Sozialdemokraten nicht gut zu meinen, denn es schien wichtig und war bitter fast. Unsere Genossen trümpelten schon, daß die Versammlung nicht stattfinden kann. Da sich aber der Grundstücksbesitzer in entzogenkommender Weise bereit erklärte, seine Wohnstube nebst Nebenräumen zur Verfügung zu stellen, so war die Freude der Genossen vergrößert. Reichlich 70 Personen konnte Genosse Gromann-Breslau die konservativen Wahlhelfer widerlegen und das Programm der Sozialdemokratie erklären. Begeistert erklang das Hoch auf die Sozialdemokratie, als die Versammlung nach zweifelhafter Dauer geschlossen wurde. Hochbegeistert gingen die Teilnehmer nach Hause, und so manchem Beilungsteilnehmer sah man es an, und aus den geführten Gesprächen, namentlich der Frauen, konnte man

## Der Wahlzettel.

Ein kleiner weißer Zettel wird  
Gehat in jede Hand.  
Ein kleiner weißer Zettel schwirrt  
Als Pfeil aus jeder Hand.

Ein kleiner weißer Zettel nur,  
Ein Pfeil und mehr als Pfeil:  
Wenn er durch moralische Stämme fuhr,  
Dann war er auch ein Teufel.

Ein Pfeil und Pfeil! Und habt ihr Lust,  
Als eine Feile scharf —  
Für Keulen, die man um die Brust  
Und um die Stirn euch warf.

O Pfeil und Pfeil und Feile du,  
Du weißer Zettel klein,  
Zu unserm Ruhm und Heile du  
Sollst Besseres noch sein.

Ein Spaten sei, der neuem Strom  
Gräbt ungehemmten Lauf!  
Sei du ein Schlüssel, der den Dom  
Der Freiheit uns schlüßelt auf!

Und sei ein Schwert zu gutem Wert  
Und prüf' und schlage zu,  
Du starker Riese du — du Zwerg,  
O kleiner Zettel du!

## Aus aller Welt.

Kampf zwischen italienischen Arbeitern und Genesime. In der Drucksache bezug an der deutsch-französischen Grenze kam es zwischen einigen italienischen Arbeitern und französischen Gendarmen zu einer wüsten

Schlacerei. Die Gendarmen mußten mehrfach von ihren Revolvern Gebrauch machen. Einige von den italienischen Arbeitern sind verletzt worden. Der Gendarm Oberwachmeister Manier hat ein Messerstiche erhalten, ein anderer Gendarm ist ebenfalls durch Messerstiche schwer verletzt worden. Von den italienischen Arbeitern konnten einige verhaftet werden.

Schneefälle im Rheingebiet. Der Rhein ist Montag um weitere 60 Zentimeter gestiegen. Mittwoch Nacht trat hier ein starker Schneefall ein. Die Mosel fließt ebenfalls. Aus dem Gebiete des Niederrheins werden auch starke Schneefälle gemeldet, die viele Verkehrsstörungen hervorriefen.

Strandung eines spanischen Dampfers. Der spanische Dampfer „España“ ist vollständig verloren auf der Höhe von Cuba.

Verhängnisvolle Folgen der Eifersucht. Ein Eifersuchtsdrama, welches sich in einer New Yorker Speisewirtschaft abspielte, hat den Tod mehrerer Personen zur Folge gehabt. Die Inhaberin der Speisewirtschaft war auf einen weiblichen Besucher ihres Lokals eifersüchtig. Sie beschloß, ihre Nebenbuhlerin aus dem Wege zu räumen, indem sie ihr unter die Speisen Gift mischte. Aus Unvorsicht genoh sie aber zuerst von dem Gericht und starb nach wenigen Minuten. Neun andere Personen, die in der Wirtschaft zu speisen pflegten, aßen ebenfalls von dem Gift und sind unter Vergiftungserscheinungen schwer erkrankt. Fünf von ihnen verstarben auf dem Wege ins Hospital. Die vier anderen schweben in Lebensgefahr.

Riesenbrand in New York. Ein Riesenbrand am unteren Broadway gegenüber dem Singer Building ist im Bezirk des Gebäude der Equitable Life Assurance Co. vollständig zu zerstört. Der Materialschaden beträgt viele Millionen. Die schneidende Kälte läßt das Wasser, das teilweise aus den 10 Stockwerken der Nachbargebäude gepumpt wird, rasch gefrieren. Der Sturm sacht die Flammen an, sodaß die Bekämpfung äußerst schwierig ist. Ein weiteres Telegramm besagt, daß fünfstöckige Equitablegebäude ist vollständig niedergebrannt. Mehrere Gesellschaften, darunter die Union Pacific-Bahn, die dort ihre Bureaus hatten, waren im Umzuge begriffen, da das Gebäude, welches bereits baufällig war, vor dem Abbruch stand, sodaß verhältnismäßig wenig Vapere darin

geblieben sind. Diese selbst sind wahrscheinlich unterleht in den Fachkräften geblieben. Der Dankpräsident, von dem man befürchtete, daß er seinen Tod in den Flammen gefunden hat, ist gerettet. Das Feuer wurde wäter bezwungen. Die Zahl der Toten beläuft sich, wie ist festgelegt ist auf sieben.

Schwere Sabarien amerikanischer Kriegsschiffe. Große Erregung herrscht in Washington über Berichte, welche aus Hamilton auf den Bermudainseln über die Verwundungen der Telegraphenstationen, welche die zweite Division der atlantischen Flotte, die sich nach Guantanamo-Bay ins Winterquartier bezieht, erteilt habe. Die Flotte wurde von einemurchbaren Sturm erfaßt und vollständig auseinander zerissen. Besonders schwere Beschädigungen hat annehmend der Torpedojäger Terra erlitten, dessen Apparate vollständig vernichtet und dessen Apparat für drahtlose Telegraphie unbrauchbar geworden ist. Auch die Nahrungsmittel sind durch das Eindringen von Wasser durchnetzt und ungenießbar geworden. Die Pumpen konnten gleichfalls nicht mehr benutzt werden, trotzdem hielt sich die Mannschaft über Wasser, indem sie durch Handpumpen und Eimern das sich im Innern des Schiffes angesammelte Wasser auspumpte. Der Dampfer „Taos“ von der Royal Mail Co. war in großer Gefahr, dreihundert Meilen von Patteras entfernt den Torpedojäger, der sehr tief ging, anzufahren. Von Hamilton Roads sind mehrere Kriegsschiffe nach dem Tern angegangen. Ein letztes Telegramm berichtet, daß das Kriegsschiff „South Carolina“ bei dem in Gefahr befindlichen Schiffe angekommen ist. Auch die Beschädigungen des Kreuzers „Dexi“, welcher bereits in der Bucht von Hamilton liegt, sind außerordentlich schwer, sodaß er das Angebot der britischen Regierung, in das Trockendock zu gehen, annehmen mußte.

Familientragödie. In Szentmiklos hat die Grundbesitzerin Frau Koro nach ihrem Mann mit einem Messer den Hals durchgeschnitten und sich sodann der Polizei gestellt. Sie gab an, aus Verzweiflung die Tat begangen zu haben, da ihr Gatte sie schwer mißhandelte.

Ein Spiel der Wellen auf hoher See. Der amerikanische Torpedobootzerstörer „Barry“ treibt mit sechs unbeschädigten Mann Besatzung steuerlos im Atlantischen Ozean.

entnehmen, daß auch sie das Ihrige tun werden, ihren Männern den sozialdemokratischen Stimmzettel in die Hand zu drücken.

Eine glänzend verkaufene Wählerversammlung lagte am Dienstagabend im Wadestraße zu Tegernitz, das bis auf den letzten Platz gefüllt war. Mit stürmischem Beifall folgten die Anwesenden, unter denen sich auch viel bürgerliche Wähler befanden, der Abrechnung, die Genosse Löbe mit dem Reichsdemokratischen Freisinn vornahm und gelobten, am Wahltag für die Wahl des Genossen Dietrich einzutreten.

### Schlecht Wetter in Klein-Tschunkawe.

Im Hengdebrands Reichstagsmandat stehts klar. Aus Mittelschlesien wurde an einen Schwarzblauer nach Berlin telegraphiert: „Mittelschlesien in größter Gefahr. Sofort abreißen.“ Und der Empfänger durch eine Mittelschlesien-Verammlung bestimmte den kleinen großen Mann zu der Äußerung, er sehe schon, es lebe in Mittelschlesien, wo er acht Jahre Landrat gewesen ist, auch Nationalliberale.

Also hat selbst Landrat Hengdebrand das Vordringen der Revolution (dafür gelten die Nationalliberalen im Osten) nicht aufhalten können!

### Der dritte Mann.

Im Wahlkreis Neustadt D.-S. haben Hansabund und Liberale noch kurz vor Zerschluß den Fabrikbesitzer und Kommerzienrat Pinus als Reichstagskandidaten aufgestellt. Selbstverständlich verspricht dieser Herr für die Interessen aller Wähler einzutreten.

Auf Arbeiterstimmen dürfte Herr Pinus nicht zu rechnen haben.

### Mit Tod und Teufel gegen das Volk!

Im Wahlkreis Landeshut-Jauer-Vollenhain werden die Zentrumswähler schon im ersten Wahlgang dem Kandidaten der Konservativen zugeführt. Dieser konservativste Kandidat ist aber ein Freimaurer. Jeder Freimaurer erscheint auch als der leidenschaftliche Teufel. In Landeshut-Jauer aber scheint das Zentrum auch vor dessen Wahl den Jüngern zu Liebe nicht zurück.

### Aus dem Wahlkreise Bunzlau-Lüben.

Die Tage zum Gefecht am kommenden Freitag ist jetzt vollständig klar. Alle Parteien sind mit den Vorbereitungen im großen und ganzen fertig. Die Sozialdemokraten haben am Sonntag ihr letztes Flugblatt mit Stimmzetteln verbreitet. Reichlich 200 weitere Genossen waren unterwegs, um selbst den entferntesten Winkel des schwarzen Lübeners Kreises zu beleben. Trotz des durch den schneidenden Windes mit Schneeschleier und der Kälte munden die Arbeiter gewissenhaft ausgeführt. Eine Meilerleitung, wenn man bedacht, daß ein großer Teil 30, 35 und 50 Kilometer Weg zurücklegen hatten. Durchstreifen, aber hohen Mutes ihren Tag her großen Sache gewagt zu haben. Lamen die Genossen abends bis nach schlüssiger Abschiednahme wieder in Bunzlau an. Nur den Wahltag selbst haben sich auch so viele hilfsbereite Genossen zur Verfügung gestellt, daß jedes Wahllokal mit Stimmzetteln versehen werden kann.

Am Sonntag fanden noch eine Anzahl Versammlungen, von Teil unter freiem Himmel statt, die sämtlich gut besucht waren. Referenzen waren die Genossen Böcker und D. J. Bröckel und Weise-Görlich. Die in Gromschütz gefasste Versammlung unter freiem Himmel wurde verheizen, weil wahrscheinlich infolge der Schneemassen. Feuergefährde bedacht wurde. Am Sonntag Abend referierte Genosse D. J. Bröckel in einer überaus gut besuchten Versammlung in Saatz der drei Frauen über die Tünden des Schnapses und die Aufgaben der Wähler am 12. Januar. Schönste Reden wurden und Erfolg gehabt. Geprägt davon, daß die Sozialdemokraten alles daran setzen werden, den Wahltag zu einem Stimmereis für die Partei zu gestalten. Der Kandidat, Genosse Zwick, warmer in kurzen, kernigen Worten zu klaren Tatsachen am Wahltag und farb lebhaft Zustimmung damit.

Die Reden für einen recht erheblichen Aufschwung haben sich im Wahlkreise Bunzlau-Lüben gegen die vorige Wahl bedeutend gehoben. In vielen Orten, wo wir bisher noch nicht Gegenheit hatten, wir den Leuten in Verbindung zu treten, haben wir bereits gute und dauernde Verbindungen angeknüpft. Es können unsere Gegner, die Konservativen, für die das Zentrum gleich im ersten Wahlgang eintritt, als auch die Liberale, und deshalb lassen beide in ihren Versammlungen die Sozialdemokratie so gut wie ungeschoren. Beide reiben sich vor gegenseitig das Fell gehörig ab.

**Prunk und Hungernot.** In barbarischer Pracht und stolzem Geldeaufwand hat das englische Königs Paar bei Delhi in Indien seinen Durbar abgehalten. Es galt, dem indischen Volk zu imponieren, und die herrschende Klasse Englands reichlich veranlagt die Hände über den gelungenen Ausfall der Zeremonie, die den Indiern ihre göttliche Wichtigkeit beweisen sollte. Am Tage nach der Proklamation kamen, zu berichten die englischen Blätter, die Leute zu Tausenden, um den leeren goldenen Thronen des Kaisers und der Kaiserin von Indien ihre Ehrfurcht zu bezeugen. Sie neugierig sich tief vor den Seiten der göttlichen Herrscher, lächeln die Wärmelüften oder wälzten sich vor dem Gegenbilde wie die Wäcker im Staube. Und nun die Reden der Rede.

Genosse Handman, der als einer der besten Kenner der englischen Herrschaft in Indien gilt, schreibt darüber in einem Briefe, der in dem „Times“ erschien. Es muß vorausgesetzt werden, daß der Kaiser in seiner Proklamation ganze 300.000 Pfund Sterling (7.200.000 Kronen) für die Volkserhebung in Indien verbrochen hat. Handman schreibt: „Ich bemerke, daß die von dem Kaiser zu Delhi proklamierte Politik fast allgemein günstige Aufnahmen gefunden hat. Sie haben mir nun schon seit mehr als einer ganzen Generation gehandelt, die Schattenseiten unserer Herrschaft in Indien dortzutun. Sie werden es mir daher vielleicht auch erlauben, darauf hinzuweisen, daß nur eine jämmerliche Summe von etwa 30.000 Pfund Sterling für die Erziehung von 221.000.000 Kindern neben den elenden Beiträgen, die bis jetzt für diesen Zweck ausgeschoben wurden, bestimmt ist, obwohl wenigstens 1.200.000 Pfund Sterling für diesen prunkhaften Durbar der Kräfte und Beamten ausgegeben worden ist und obwohl die Kosten der Errichtung neuer öffentlicher Gebäude in der Hauptstadt Delhi auf 40.000.000 Pfund Sterling und mehr geschätzt werden. In diesem letzten Jahre ist fast die Hälfte Indiens nur wie durch ein Wunder einer schrecklichen Hungernot entkommen und augenblicklich bedrängt man sich mit dem entsetzlichen Gedank, das in weiten Teilen des Landes herrscht. Zudem wird in diesem Jahre das arme Indien dem reichen England wenigstens 20.000.000 Pfund Sterling bezahlen, ohne eine kommerzielle Gegenleistung dafür zu erhalten. Und Hindostan soll empfangen sein?“

**Reizhl-Alkohol-Vergiftung.** Am Dienstag wurde bermal's ein Fall von Reizhl-Alkohol-Vergiftung in Berlin festgestellt, der gleich den meisten bereits vorgekommenen ebenfalls einen tödlichen Verlauf in ganz kurzer Zeit nahm. Der 23jährige Arbeiter Michael Grochowitsch warb in

### Wie es gemacht wird!

Der „Vale aus dem Riesengebirge“ meldet aus dem Löwenberger Wahlkreis, daß dort die Konserwativen ihre Pluralität der Verteilung am Orte an die Gemeindevorsteher gelangt haben und die letzteren die Flugblätter meistens durch den Gemeindevorsteher verteilt werden.

### Der Wahlkampf im Kreise Reiffe

Wurde in den letzten Tagen noch mit allem Fleiß geführt. Außer den bereits gemeldeten Versammlungen in Zorchenfeld und Ziegenhals, in denen Genosse Peukert referierte, fanden am Sonntag und Montag noch Versammlungen in Kamitz, Vorkendorf und in Reiffe selbst statt.

Nachdem kürzlich in Kamitz unser Reichstagskandidat, Genosse Dars, von fanatischen Zentrumsbauern tödlich angegriffen worden war, ging das Gerücht um, daß die Wähler wieder, etwa 170 Personen fanden sich am Sonntagabend zu einer Versammlung unter freiem Himmel ein. Entweder die Hälfte der Wähler waren aus Vorkendorf. Genosse Dars fand für seine Ausführungen allgemeine Zustimmung. Ein seltsamer Zwischenfall ereignete sich am Schluß. Ein alter Krieger, vereinzelte meldete sich zum Wort, um ein Hoch auf den sozialdemokratischen Kandidaten und den Kaiser auszubringen. Nach seiner Meinung müssen alle treu zur Sozialdemokratie und zum Kaiser stehen, dem Zentrum aber den Loupfaß geben. Der Vorfall ereignete sich nicht wenig Heiterkeit.

Das Zentrum hatte um die gleiche Zeit eine Gegen-Versammlung nach dem Rathaus in Kamitz einberufen. Etwa 70 Personen waren erschienen. Der Anführer hatte in diese Versammlung nicht weniger als zehn Feuerwaffen mitgebracht, um die zur Aufrechterhaltung der Ordnung geordnet. Er kennt also die Kaufkraft der Zentrumsbauern und befindet sich wahrnehmlich, daß sie sich diesmal in Ermangelung von Sozialdemokraten untereinander selbst in die Haare geraten könnten.

Am Sonntagabend besuchte Genosse Dars mit einigen anderen Genossen eine Zentrumerversammlung in Reiffen. Sie war von einem Erzpriester geleitet, der von vornherein erklärte, die Versammlung sei nicht dazu da, um Aufklärung zu verbreiten, sondern nur um die Wähler aufzumuntern, für Horn zu stimmen. Eine Diskussion wurde nicht statt. Unsere Genossen verließen deshalb das Lokal. Zentrumerversammlungen sind nicht dazu da, um Aufklärung zu verbreiten. Der Herr Erzpriester wird selbst kaum geahnt haben, welche köstliche Wahrheit er damit ausbrachte.

Die Versammlung am Sonntag in Vorkendorf war von rund 170 Personen besucht. Es herrschte ein fürchterliches Schneetreiben, aber die Besucher hielten aus, obwohl sie am Schluß an der Windseite mit einer schneidenden Schneesturme bedrückt waren. Die Anrede des Genossen Dars fand stürmischen Beifall.

In Reiffe kam Genosse Dars am Abend leider erst mit dreistündiger Verzögerung an, da bei dem fürchterlichen Schneetreiben eine Axt nicht zu erhalten gewesen war. Ein Pferd liegen bleiben wurde. Vergeblich warteten zahlreiche Besucher Stunde um Stunde, um schließlich doch davonzugeben. Immerhin war das Lokal noch nicht befüllt, als der Herr ankam, der mit lebhaftem Hochrufen begrüßt wurde. Der Vortrag fand lebhaften Beifall. In der Diskussion meldete sich ein Zentrumsmann zum Wort und erzählte unter allgemeinem Gelächter, Herr Abgeordneter Horn werde von den Sozialdemokraten zu Unrecht angegriffen. Herr Horn ist kein richtiger Abgeordneter, sondern ein Wahlkandidat, der nicht so zählt. Er ist bloß ein Sekretär im Reichstage, und die Reden da unten sind dann auch ganz wackrig, das Zentrum bisher noch sehr wenig für die Aufklärung seiner Bürger getan hat. Das wurde dem Herrn dann an seinen eigenen Worten von mehreren Genossen vor Augen geführt.

Nach der Wahl hat das Zentrum so eifrig im Kreise agitiert, als diesmal, um den sozialdemokratischen Antagonismus zu bekämpfen. Mit aller Gewalt werden jetzt die Zäpfel aus ihrer Ruhe gerissen. Auch diese Agitation wird am Ende uns noch einmal ungenützlich kommen. Die jetzt so eifrig umhergehenden Wähler werden recht bald die Weisheit haben, Worte und Taten des Zentrums zu vergleichen.

### Vom Wahlkampf im Wahlkreise Bromberg.

Die gesamten Bürgerlichen haben ihren Landgerichtsbezirk als Kandidat für den Bromberger Kreis auf den Schild erhoben. Sie haben auch schon mehrere Versammlungen abgehalten. In der ersten waren unsere Genossen zahlreich vertreten, um das Programm des Herrn Schütz und den Bericht über seine Tätigkeit zu hören. Die wurden aber böse enttäuscht, denn eine Redebeiträge gab es nicht. Als unser Kandidat Genosse Zwick und andere Genossen zu hören wollten, gab es nur fünf

Franken und Meist, während die Ärzte eine Magenauflösung bei ihm vornahmen.

**Zum Tode verurteilt.** Das Bromberger Schwurgericht verurteilt den Arbeiter Kaminski und die Frau Jaskowiat wegen Mordes und Anstiftung zum Mord zum Tode.

**Schweres Unglück in der Geschützerei.** In der Kanonenfabrik von Kuelte in Paris ereignete sich ein schwerer Unfall. Man war mit dem Gießen eines schweren Geschützes, das 30.000 Kilo wiegen wird, beschäftigt, als plötzlich unter demselben Krachen die Gießform sprang. Das schmelzende Metall törete zwei Arbeiter und verletzte zwölf weitere schwer. Das Tode der Werkstatt wurde gerichtet.

**Paß in den Daimlerwerken zu Marienfelde.** Heute früh ereignete sich in den Daimler-Motorwerken zu Marienfelde ein schwerer Unglücksfall, der unter den Arbeitern im ersten Augenblick eine heftige Panik verursachte. Infolge von ausströmenden Gasen in der Fabrikanlage wurden drei Arbeiter ohnmächtig, konnten aber durch Samariter der Feuerwehr gerettet werden. Die Ursache der Gasausströmung lag daran, daß ein Kamintoch der Gasfabrik verschluckt worden war.

**Schadenfeuer in Litzl.** Ein Montagabend ausgebrochener Brand hat mehr als die Hälfte der Ortschaft Albans bei Brugg in Asche gelegt.

**Schwere Dynamitexplosion.** In der Grube „Bonnie“ bei Lille explodierte ein Dynamitvorrat von 20 Kilogramm. Zwei Arbeiter, die sich zu der Zeit in der Grube befanden, kamen durch die Gewalt der Explosion zu Tode. Der angerichtete Materialschaden ist nicht sehr erheblich.

**Große Feuerbrunst bei Champery.** In der Ortschaft Cruxy brach eine Feuerbrunst aus, durch die sieben Wohnhäuser in Asche gelegt wurden. Dreißig Personen sind obdachlos.

**Verhaftung eines Mörders.** Wegen Ermordung des Zwickauer Schirmer wurde in Belgisch der Kaufmann Krumpke verhaftet. Krumpke, der Schirmer's Frau heiraten wollte, hatte diesen bei einer Familienfeier betrunken gemacht und heimlich in seiner Schlafkammer den Giftbecher, so daß Schirmer an Gasvergiftung starb.

**Brand eines Ollagers in Leeds.** Eine große Feuerbrunst wüthete in dem großen Ollager der Firma Leeds u. Proth in Leeds. 300.000 Gallonen Öl und mehrere tausend Fässer

Minuten Redzeit. Der vor den Milchmaschinen selbst Maxwell'scher Sekretär Appelt suchte die Reden unsererossen durch ein ausgebrachtes Kaiserhoch zu entfräften, was nicht genügt zog.

Nun scheinen die Herren herausgefunden zu haben, daß leichter ist, auf die Sozialdemokraten in den Versammlungen schimpfen, wenn sie nicht anwesend sind, und sich nicht beteiligen können. Um aber doch vor Arbeitern zu sprechen, schimpfen sie auf die Arbeiter, wenn sie nicht anwesend sind, und sich nicht beteiligen können. Um aber doch vor Arbeitern zu sprechen, schimpfen sie auf die Arbeiter, wenn sie nicht anwesend sind, und sich nicht beteiligen können. Um aber doch vor Arbeitern zu sprechen, schimpfen sie auf die Arbeiter, wenn sie nicht anwesend sind, und sich nicht beteiligen können.

Da sich die Sache der Milchmaschinenpartei nicht anders durch den verdeckten Kampf vertreiben läßt, so sind sie auch das bisherige Sympathie gekommen. Die „Ostdeutsche Rundschau“ hat den Kampf für Herrn Schütz führt, sucht aus dem Hintertüchlein der Genossen ein auszuwickeln. Als vor einigen Wochen der Genosse Crispin-Danzig in einer Volksversammlung sprach, hatte die edle Palastantenne nichts Besseres zu tun, als den Staatsanwalt anzurufen, und den Genossen Crispin-Danzig wegen Majestätsbeleidigung, Arbeiter meist für das Gebären der „Ehrwürdigen Rundschau“, Cure Redden denunziert das Blatt der Staatsanwaltschaft. Die Versammlung unserer Partei waren bisher von dem besten Geiste bezeugt. Nichts ist in den Versammlungen von Mißstimmung zu melden, sondern freudige Kampfstimmung überall. Emsig sind die Genossen bei der Arbeit, um die Flugblattverteilung zu erlebigen. Am Donnerstag findet noch eine letzte Versammlung statt, in der der Kandidat Genosse Zwickel sprechen wird. Arbeiter u. Bromberg sorgt daher auch für guten Besuch.

### Zum Wahlkampf im Kreise Witzsch-Schubin.

Durch Defizitmangel sind wir hier gezwungen, die Mitteilungen ausschließlich durch Flugblätter zu bewerkstelligen, um die Arbeiter auszuklären. Unsere Verteiler werden überall auf angenommen. Aus allen Ecken des Kreises kommen Zuschriften, wo sich Leute melden und um Material ersuchen. Der liberalkonservative Milchmaschinenkandidat, der Generalsekretär der ober-schlesischen Industrie, Dr. Volk, hat seine Kandidatur in der Kreiskommission genehmigt. Nachdem er untergeleitet. Aber Gelalle an dieser Melodie hat niemand gefunden. Niemand hat komischer Vorkandidat auf den Plan. Wie nicht anders zu erwarten war, ein Propaganda. Aber ein Mann, der schon unter den Arbeitern sehr bekannt ist. Nur nichts Gutes wissen sich die politischen Arbeiter von ihm zu erzählen. Hier muß nun wieder die Kugel herhalten, damit die nötige Propaganda für ihn gemacht wird.

Für unsere Partei war am letzten Sonntag noch ein Saal gewonnen worden in Steinburg bei Nafel, wo dann der Kandidat des Kreises, Genosse Lepitz, sprach. In 400 Personen hatten sich eingefunden, darunter auch eine ganze Anzahl Frauen, um den Ausführungen zu folgen. Einige Teilnehmer waren noch der 16 Grad Kälte fast zwei Stunden weit gekommen, um der Versammlung beizuwohnen. Mit dem Vorsprechen, am Wahltag keinen anderen die Stimme zu geben als dem Sozialdemokraten, gingen die Besucher auseinander. Dr. Volk erklärte noch vor ein paar Wochen, daß die Sozialdemokratie hier gar nicht in Betracht komme. Dies wollen ihm die Arbeiter des Kreises beweisen durch unermüdete Agitation für die Wahl des Genossen Lepitz.

### Wahl-Humor.

Ein Beispiel von Wahlhumor teilt ein „Freiwilliger Zeitung“ mit: Bei einer Redeschlacht im Kreise des „ungeliebten Königs“ Ernst I. sagte der liberale Redner, daß der bäuerliche Grundbesitzer nicht konservativ wählen könne, weil der Großgrundbesitzer den kleinen Grundbesitzer immer mehr aufkaufe. Ein Führer der konservativen Strengsinnigen, der oft in den liberalen Versammlungen als Störenfried antrat, schloß sich durch diesen Ausdruck persönlich getroffen, weil er kurz vorher selbst bäuerlichen Grund besitz angekauft hatte. Dieser Herr sprang während auf und nannte den liberalen Redner einen Lumpen. Es entstand nun eine große Bewegung in der Versammlung, die gefährliche Folgen hätte nach sich ziehen können. Aber im kritischen Augenblick sprang ein kleiner Mann auf einen Tisch und stellte sich der Versammlung als Lumpen-Lumpen vor. Im Kreise Trebnitz vor. Seit langer Zeit, so erklärte er den erstarrten Hörern, faule er hier Lumpen von Liberalen und Konservativen, er verführe Lumpen richtig einzuschlagen, für diesen Lumpen aber würde er die höchsten Preise bezahlen.

Dieser köstliche Humor schlug in der Versammlung durch und der Friede war wiederhergestellt.

mit Fett sind den Flammen zum Opfer gefallen. Mehrere Feuerwehrlente wurden durch Trümmerstücke schwer verletzt. Der angerichtete Schaden ist außerordentlich bedeutend. Der Brand wüthete mit außerordentlicher Heftigkeit, glücklicherweise stand der Feuerwehr das fürchtbare Schneewetter bei, so daß es gelang, den Brand zu löschen.

**Das Begräbnis eine Luftbarkeit.** Auf der Jagd nach Luftbarkeiten, die zum Anlaß einer Bestrafung erhalten müssen, ist man jetzt in Staßfurt auf eine originelle Idee verfallen. Wahrscheinlich laßt sich die Behörde, daß an einem Ort, wo das staatsbürgerliche Leben durch einen Steuerzuschlag von 215 Proz. einen sehr traurigen Stempel erhält, jede Umwechslung im grauen Alltagsleben eine Luftbarkeit darstellt, und so hat sie denn logar ein Zeichenbegrängnis zum Range einer Luftbarkeit erhoben, wie folgende Quittung beweist:

5. März.  
Genehmigung zur Veranstaltung einer Luftbarkeit.

Die Witwe Liebke von hier erhält hiermit die Genehmigung zur Leichenmusik am 5. d. M., nachmittags um 8 Uhr durch die Wachtel, Rosmarin-, Pringen-, Brücken-, Stein-, Fürsten- und Seelingerstraße bis zur Stadtgrenze.  
Staßfurt, den 4. Dezember 1911.

(Stempel.)  
Genehmigung für den Gemeindebezirk Leopoldshall von der Staßfurter Grenze bis zum Friedhof erteilt.  
Leopoldshall, den 4. Dezember 1911.

(Stempel.)  
Wenn nun die Staßfurter nicht quatschvergnügt in der Grube fahren...

**Das Jubiläum.** Ein katholischer Pfarrherr, der sich sein einjähriges Leben etwas verkaufen will, erläßt in der Wiener „Reichspost“ folgenden Notiz:

Pfarrhof in der Nähe Wiens, ohne Dekonomie, wird ein nettes Mädchen oder Witwe als Wirtschaftlerin zu einem einzelnen geistlichen Herrn aufgenommen. Zuschriften mit näheren Angaben unter „Wirtschaftlerin 854“ an das Stadtbureau der „Reichspost“, 1. Bezirk, Schulerstraße 21.

Mit Hilfe der „näheren Angaben“ gelingt es dem kühnen Pfarrerhoffentlich, in den Besitz eines wirklich netten Mädchens zu gelangen.

Die Reichstagswahlen und die Konsumenten!

Aus Konsumentenkreisen wird uns geschrieben: Immer näher rückt der Tag der Entscheidung: Arbeiter, Handwerker, Handwerker, Beamte, kurz alle fragen sich: wen wähle ich? ...

Jeder Bürger hat als Konsument ein großes Interesse daran, daß nur Männer in den neuen Reichstag gewählt werden, die auch Verständnis für das Konsumvereinswesen haben. ...

Die Konsumenten sollen mehr und mehr, durch immer höhere Besteuerung lahmgelegt werden. Ja, man ist dabei, geradezu Ausnahmegesetze gegen diese Vereine zu erlassen. ...

Die Kommission hat sich dieser Aufgabe nicht widrig und übermäßig mit der Bitte um Veröffentlichung des Ergebnisses. Fragen lauten: 1. Ist der Herr Kandidat bereit, im Falle seiner Wahl als Abgeordneter gegen jede Verneinung der Konsumentenvereine auf dem Gebiete der Gesetzgebung zu stimmen? ...

Einfache Fragen, und man sollte meinen, jeder, selbst der vernünftigste Volksgenosse würde solche Fragen mit Ja beantworten. Weit gefehlt! Die Kommission hat von den meisten Kandidaten keine Antworten oder Ausflüchte als Antwort bekommen. ...

Im Ostkreis, wo die Herren Bauer, Tschirn, Grund und Grünherz kandidieren, haben nur Bauer und Tschirn alle drei Fragen mit Ja beantwortet. Herr Grünherz schreibt, er habe sich vorgenommen, den Wählern auf ihre Fragen gegenüber überhaupt nicht zu antworten. ...

Im Westkreis haben wir nur eine klare Antwort erhalten und zwar von Herrn Bernke. Dieser beantwortet alle drei Fragen mit Ja. Herr Bernke hat hinzu, daß nach seiner Anschauung schon Ausnahmeverordnung ist, wenn man Konsumentenvereine, die lediglich an ihre Mitglieder abgeben, Einkommensteuer erheben wird. ...

Herr Regierungsrat Meyer antwortet, daß er grundsätzlich gegen die Konsumentenvereine infolge nicht sei, als nachgegebenermaßen ein Bedürfnis für ihre Zulassung besteht. ...

Einem richtigen Gierhals antwortet Herr Heilberg auf. Er bedauert eine bestimmte Verantwortung der geltenden Fragen ablehnen zu müssen, beruft sich auf Artikel 29 der Verfassung, wonach der Abgeordnete in seinen Entscheidungen frei sein müsse. ...

Im Landkreise Breslau haben die Herren Schönlund und Streckner alle 3 Fragen mit Ja beantwortet. Der Herr Graf Hensel von Tonnersmarck schreibt, daß er keine Zeit habe, die Fragen zu beantworten. ...

Der letzte Kandidat in diesem Kreise und der bisherige Vertreter dieses Kreises, Graf Carmer, schreibt der Kommission, daß es sich erübrige, die Fragen zu beantworten; er beziehe sich auf seine am 15. März 1911 im Reichstage über die Konsumentenvereine gemachten Ausführungen. ...

Es müßte dem Unfug entgegengetreten werden, daß Staats- und Kommunalbeamte sich Waren zu Ennährungspreisen kommen lassen, die sie auch an Bekannte ablassen. ...

Der Herr Graf ist also Gegner der Konsumentenvereine und jeder Konsument, der für ihn kandidiert, daß nur Männer in den Reichstag wählen, die das Wohl weiter Volkskreise wahrnehmen, wird seine Stimme dem Herrn Grafen nicht geben. ...

Konsumenten! Seht Euch die Männer genau an, die sich in diesen Tagen Euch als Vertrauensmänner vorstellen. ...

Stadt und Gemeinde fördern moralisch und mit Geld weitgehend die Genossenschaften der Landwirte. Wir haben nichts dagegen. Im Gegenteil, wir freuen uns darüber. ...

Die Gastwirte und die Reichstagswahlen.

Am Dienstag nachmittag 4 Uhr tagte im großen Saale des „Friedenbergs“ am Kaiser Wilhelmplatz eine von etwa 100 Gastwirten Breslaus besuchte Versammlung, die sich mit der Frage der Stellung der Gastwirte zu den Reichstagswahlen beschäftigte. ...

Redakteur Kerschhäuser, der erste Redner, betonte einleitend, daß es nicht angängig sei, wenn sich die Wirtschaftsgenossenschaft der Gastwirte als solche mit der Politik beschäftige. ...

Darauf erteilt der konservative Stadtverordnete Herr Weidte als zweiter Redner das Wort:

Das Gastwirtsgebet habe ungemein darunter, daß es Sonderlasten tragen müsse, die den übrigen Staatsbürgern nicht auferlegt seien; nicht weniger als 26 besondere Steuern ruhen auf ihm. ...

Die am 9. Januar 1913 im Etablissement „Friedenberg“ zu Breslau tagende allgemeine Gastwirtsversammlung, die von den Vorständen der Breslauer Gastwirtsorganisationen einberufen und von etwa 1000 Personen besucht ist, fordert von der Gesetzgebung:

- 1. daß die verfassungsmäßige Gleichberechtigung aller deutschen Bevölkerungsklassen vor dem Gesetz dahin gewahrt ist, daß die deutschen Gastwirte keine Stanzungspflicht, ...
- 2. daß die Reichsgewerbeordnung so zu fassen ist, daß die Gewerbebetriebe nicht durch einzelstaatliche Auslegungen und Erlasse, ...
- 3. daß durch reichsgesetzliche Bestimmungen alle Erlasse und Verordnungen, ...
- 4. daß dem Gastwirtsgebet, dem festliche autoritative Interessenvertretung fehlt, ...
- 5. daß jede weitere steuerliche Belastung von Bier, Wein, Branntwein, ...
- 6. daß alle öffentlichen Lasten und Steuern nach Maßgabe des Besitzes und der Leistungsfähigkeit auf alle Erwerbsstände gleichmäßig verteilt werden. ...
- 7. daß ein Ausbau der gewerblichen Fachschulen zur Erhöhung der Leistungsfähigkeit des Gewerbes herbeigeführt werde. ...
- 8. daß mit der bisherigen Hochschulpflichtgesetzgebung verbunden und zum Zwecke einer Vereinfachung der Lebenshaltung des Volkes eine Befreiung der sogenannten Liebesgaben zu erfolgen hat. ...
- 9. daß ein Abschluß günstiger Handelsverträge mit dem Ausland herbeizuführen ist, ...

Die Verlesung einer weiteren Resolution wurde vom Vorsitzenden verweigert, weil sie nach seiner Auffassung ja im wesentlichen dasselbe enthält. ...

liche Forderungen, die gegen den gerundeten Wortlaut der Erklärung sehr vorteilhaft abstecken. ...

Was für uns als Sozialdemokraten besonders wichtig war, das ist die erstaunliche Offenheit, mit der Herr Weidte als konservativer die volksausbeuterische Politik der rechtsstehenden Parteien, ...

„Die nationalliberale Partei und die Arbeiter“

betitelt sich ein Flugblatt, das gegenwärtig verbreitet wird, um Arbeiterstimmen für Herrn Dr. Grund zu werben. Viel wird damit allerdings kaum erreicht werden. ...

In einem anderen Flugblatt heißt es freilich, Herr Grund sei kein Schorfmacher, sondern als Arbeiter gerecht und human; er gebe dem Arbeiter, was des Arbeiters ist und für eine verständige Wohlfahrt der Arbeiter werde er sich mit ganzem Herzen verwenden. ...

Fast möchten wir bezweifeln, daß Herr Grund den Inhalt dieses Flugblattes vor seinem Erscheinen gekannt hat, denn daß er sich seinen Namen mit Reichsverbandsschmuck behüßeln wollte, können wir nicht glauben. ...

Nichts als sinnlose Versprechungen, daß, Unfrieden, Lüge, Verleumdung, Verunglimpfung alles dessen, was die anständigen Arbeiter in Ehren halten, werden unserer Partei nachgesehen. ...

Hebrigens verdienen, wie man uns schreibt, die Leute in der Schreibstube auf der Wastegasse mit dem Folgen und Kuvertieren der Flugblätter des Herrn Grund täglich 1,20 Mk., bis 1,50 Mk. und zwar bei angestrengter Tätigkeit. ...

Die Demokratische Vereinigung

hielt Dienstagabend im Saale der Börse eine Versammlung ab, um die Kandidatur Tschirn nochmals zu empfehlen. Der Saal war vollständig gefüllt. ...

„Ich bin Reserveoffizier!“ Der fünfzehnjährige Gymnasiast Alois D. der Sohn eines hiesigen Fabrikbesizers und Reserveoffiziers spielte an einem nachmittag im November 1911 auf dem Exerzierplatz mit mehreren anderen Schülern Fußball. ...

Über die Gartenstadt Breslau-Carlstadt wird berichtet: Die Eigenheim-Baugesellschaft für Deutschland hat in den letzten vier Monaten annähernd 30 Häuser verkauft und 16 Häuser im Rohbau fertig gestellt. ...

